

Subjektive Semantik.

„Der schwarze Kanal“ und die diskursive Konstruktion einer staatlich verordneten Realität der DDR-Westpolitik, 1960-72

Im Oktober 1970 warf eine Episode des „Schwarzen Kanals“ mit dem Titel „Bonn und die Semantik“ der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt kurzerhand einen „Mißbrauch der Semantik“ vor. Im Duktus der SED-Westpolitik stellte der Autor und Hauptmoderator des DDR-Fernsehpropagandamagazins, Karl-Eduard von Schnitzler, seinen Zuschauerinnen und Zuschauern darin die rhetorische Frage, „ob diese Verwirrung der Begriffe – ‚Deutschland‘ für Westdeutschland und ‚Berlin‘ für Westberlin – ob das lediglich schwer abzulegende Gewohnheiten aus Adenauer-Zeiten“ seien oder etwa „Methode“ dahinterstecke.¹ Schnitzlers Polemik zielte auf einen Knackpunkt der deutsch-deutschen Beziehungen: den Alleinvertretungsanspruch, den Bundesregierungen von Konrad Adenauer bis Kurt Georg Kiesinger zwischen 1955 und 1969 im Zuge ihrer Deutschlandpolitik auf Grundlage der „Hallstein-Doktrin“ für sich reklamiert hatten und der zu Zeiten der Neuen Ostpolitik noch nachwirkte.²

Zugleich legten Schnitzlers Anschuldigungen neben dem Absolutheitsanspruch an die Deutungshoheit über die deutsch-deutschen Beziehungen den hohen Grad an Subjektivität der vom „Schwarzen Kanal“ konstruierten und proliferierten Realität der DDR-Westpolitik an den Tag. Denn der Vorwurf des „Mißbrauch[s] der Semantik“ traf mindestens in gleichem Maße für die DDR-Politsendung zu. Schon das Format des „Schwarzen Kanals“ macht das deutlich, basierte es doch im Wesentlichen auf selektiv ausgewählten und aus dem Kontext gerissenen bzw. edierten Clips aus dem „Westfernsehen“. Diese Sequenzen wurden durch ideologisch eingefärbte Anmoderationen und Kommentare derart aufbereitet, dass die Semantik des Originalmaterials im Sinne der DDR-Staatsräson umgedeutet wurde. „Der schwarze Kanal“ – eine Metapher für das ideologisch verunreinigte westdeutsche Fernsehen – fungierte somit „als Kläranlage [...] im übertragenen Sinne“, wie Schnitzler in der ersten Episode erklärte.³ Seinen absoluten Wahrheitsanspruch verband das Programm als „ein

¹ Der Schwarze Kanal, DDR, 1960-89; Deutsches Rundfunkarchiv, Potsdam-Babelsberg (im Folgenden DRA), E001-00-01/0002/092, Sendemanuskript (im Folgenden Sm.) Nr. 548, Bonn und die Semantik, 12.10.1970, S. 2-3. Digitalisate aller verwendeten Sendemanuskripte sind abrufbar unter <http://sk.dra.de/grape/seite6.htm>.

² Während das SED-Regime gemeinhin die Bezeichnung „Westpolitik“ für seinen politischen Umgang mit der Bundesrepublik verwendete, benutzte die Bundesregierung für ihre Politik gegenüber der DDR den Begriff „Deutschlandpolitik“; Heike Amos, Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Göttingen 2015, S. 9. Zum Alleinvertretungsanspruch: Werner Kilian, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973, Berlin 2001, S. 13-43; William Glenn Gray, Germany's New Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949-1969, Chapel Hill 2003.

³ DRA, E065-02-04/0001001, Sm. Nr. 1, ohne Titel, 21.3.1960, unpaginiert.

Forum harter Auseinandersetzungen mit einem System harter Fälschungen + Unwahrheiten“, so Schnitzler andernorts, mit einer agitatorischen Agenda.⁴ Aufgrund seiner fast drei Jahrzehnte währenden Laufzeit im DDR-Fernsehen, der Zugehörigkeit seines Autors und Hauptmoderators zur Nomenklatura sowie seiner sich im Zuge der zunehmenden Abgrenzung des SED-Staats von der Bundesrepublik seit 1964 immer stärker herauskristallisierenden Primärfunktion als Korrekturinstanz für die vom „Westfernsehen“ verbreiteten Inhalte, repräsentierte „Der schwarze Kanal“ eine wichtige systemische Komponente einer, wie es Martin Sabrow allgemein für die DDR genannt hat, „politisch gezielt konstruierten Gesellschaft“. Die von ihm und anderen staatlich kontrollierten Leitmedien wie der Fernsehnachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ oder dem SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* verbreiteten Inhalte waren Teil eines von der SED-Führung oktroyierten „Herrschafts-Diskurs[es]“. ⁵

Dieser Aufsatz untersucht daher die diskursive Konstruktion einer staatlich sanktionierten Realität der SED-Westpolitik im „Schwarzen Kanal“. Er beschreitet einen neuen konzeptionellen Pfad, indem er Reiner Kellers wissenssoziologisches Konzept in einem geschichtswissenschaftlichen Kontext anwendet. Nach Keller werden „Diskurse“ hier als „soziale Praxis“ bzw. „Anstrengungen“ definiert, die darauf abzielen, „symbolische Ordnungen zu erzeugen, zu stabilisieren und dadurch einen verbindlichen Sinnzusammenhang, eine Wissensordnung in sozialen Kollektiven zu institutionalisieren“. Somit erschaffen Diskurse durch „Sprach- und Symbolgebrauch die soziokulturelle Bedeutung und Faktizität physikalischer und sozialer Realitäten“. ⁶ Am Beispiel des

⁴ DRA, E065-02-04/0001/178, Sm. Nr. 189, Kennedys Tod, 25.11.1963, S. 1. Siehe auch: DRA, E001-00-01/0002/050, Sm. Nr. 505, Ein bißchen schwanger, 15.12.1969, S. 1.

⁵ Martin Sabrow, Einleitung. Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: ders. (Hg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln 2000, S. 9-35, hier S. 18-19. Zu Schnitzlers Rolle im SED-Staat: Die digitalisierten Sendemanuskripte. „Der schwarze Kanal“, 1960-1989, DRA, <http://sk.dra.de/grape/start.htm>; Biographie Karl-Eduard von Schnitzler, DRA, <http://sk.dra.de/grape/seite40.htm>; Gunter Holzweißig, *Agitator und Burgeois. Karl-Eduard von Schnitzler*, Berlin 2018. Zum „Schwarzen Kanal“: Knut Hickethier, unter Mitarbeit von Peter Hoff, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart 1998, S. 283; Simone Barck u.a., *The Fettered Media. Controlling Public Debate*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR*. New York 1999, S. 213-39, hier S. 222; Klaus Arnold, *Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR*, Münster 2002, S. 95; Gunter Holzweißig, *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*. Köln 2002, S. 85; Steffen Pappert, *Politische Sprachspiele in der DDR. Kommunikative Entdifferenzierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Sprachgebrauch*, Frankfurt 2003, S. 85 u. 87; Mark Levasier, „Der schwarze Kanal“. Entstehung und Entwicklung einer journalistischen Kontersendung des DDR-Fernsehens, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation – Westkorrespondenten – „Der schwarze Kanal“*, Köln 2007, S. 217-313, hier S. 239-40; Astrid Otto, *Sozialistische Öffentlichkeitsarbeit in der DDR. Eine empirische Studie am Fallbeispiel des Leipziger Messeamtes*, Wiesbaden 2015, S. 49.

⁶ Rainer Keller, *Wissenssoziologische Diskursanalyse als interpretative Analytik*, in: ders. u.a. (Hg.), *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung*, Konstanz 2005, S. 49-75, hier S. 49. Siehe auch die erste geschichtswissenschaftliche Studie, die diesen Ansatz verwendet: Achim Landwehr, *Struktur oder Handlung? Diskursanalyse einer geschichtswissenschaftlichen Kontroverse*, in: ebd., S. 325-47.

„Schwarzen Kanals“ will der Artikel so das Potenzial einer wissenssoziologisch fundierten Analyse diskursiver Konstruktionen von Wirklichkeit für die Geschichtswissenschaft ausloten. Außerdem will er mit seinem Fokus auf einem hochkonzentrierten Destillat der DDR-Propaganda zur Erhellung gegenwärtiger Diskurse und politischer Konstruktionen beitragen, wie sie in Form von postfaktischen Denkweisen wie „alternativen Fakten“ und sog. Fake News oder kruden Verschwörungstheorien durch Filterblasen und Echokammern in sozialen Medien befeuert werden.⁷

Methodisch geschieht das durch eine systematische Auswertung relevanter Sendemanuskripte des Magazins, die sich an den vom Deutschen Rundfunkarchiv verwendeten Schlagworten orientiert.⁸ Zum einen legt der Fokus dieses Artikels auf der Semantik diese Herangehensweise nahe. So stellte Schnitzler selbst rückblickend fest, „Der schwarze Kanal“ sei im Grunde „eine Wortsendung und keine Bildsendung“ gewesen.⁹ Zum anderen bietet die nahezu lückenlose Überlieferung der Manuskripte im Gegensatz zur unvollständigen Verfügbarkeit aufgezeichneter Episoden ein hohes Maß an Konsistenz und Kohärenz. Insgesamt wurde ein Korpus von 106 Manuskripten analysiert, inklusive einzelner für die Historie und Entwicklung des DDR-Politmagazins bedeutsamer Manuskripte wie der ersten und letzten Sendungen.¹⁰ Aus heuristischen Gründen und wegen des begrenzten Umfangs beschränkt sich die Analyse auf vier wesentliche Bausteine der DDR-Westpolitik: das Feindbild Bundesrepublik, die westpolitischen Konzepte der „Konföderation“ und „friedlichen Koexistenz“ als Gegenentwürfe zur westdeutschen Deutschlandpolitik, den „Volksaufstand“ vom 17. Juni 1953 und den Mauerbau 1961 als Herausforderungen für die Legitimität des SED-Regimes sowie den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch im Zusammenhang mit Olympischen Spielen.

I. „Der schwarze Kanal“: Produktionskontext, Sprache, Ideologie und Westpolitik

⁷ Dominic Spohr, Fake News and Ideological Polarization. Filter Bubbles and Selective Exposure on Social Media, in: Business Information Review, 34. 2017, S. 150-60; Volker Barth u. Michael Homberg, Fake News. Geschichte und Theorie falscher Nachrichten, in: GG 44. 2018, S. 619-42.

⁸ Folgende Suchbegriffe wurden benutzt: „Alleinvertretungsanspruch“, „Deutsche Einheit“, „Deutsche Teilung“, „Deutschlandfrage“, „Deutschlandpolitik“, „Grenzziehung zu Westberlin“, „Hallstein-Doktrin“, „Koexistenz“, „Olympia“, „Sport“ und „Wiedervereinigung“.

⁹ Karl Eduard von Schnitzler, ehem. Leiter und Moderator des „Schwarzen Kanals“ beim DDR-Fernsehen (1960-1989), 31. März 1990, der 30. Jahrestag des Schwarzen Kanals, in: Peter Ludes (Hrsg.), DDR-Fernsehen intern. Von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990, S. 269-93, hier S. 275.

¹⁰ Die Zählung berücksichtigt Doppelt- und Mehrfachnennungen, wohingegen Manuskripte nicht gesendeter Folgen keine Berücksichtigung fanden. Zur Quellenkritik: Levasier, Kanal, S. 249.

Innerhalb der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit nahm im „Schwarzen Kanal“ das von dem Linguisten Steffen Pappert im weiteren Kontext der DDR beschriebene „regulative Sprachspiel“ eine zentrale Rolle ein. Denn der darin formulierte Totalitätsanspruch der SED-Diktatur, einschließlich der Kontrolle von Fernsehen und anderen Massenmedien, führte zu einem „Entdifferenzierungsprozess“ des öffentlichen Sprachgebrauchs. Dieses Entdifferenzieren mündete in eine „oktroyierte Kommunikationswirklichkeit“, sodass „Sprache“ letztendlich „selbst zu einem wirksamen Kontrollinstrument“ wurde.¹¹ Für die DDR spricht der Medienwissenschaftler Michael Meyen deswegen auch von einer „politisch inszenierten Öffentlichkeit“.¹² In der Praxis markierte das Mittel der „Ritualisierung“, das oftmals in einem inhaltsleeren Vokabular sowie monoton-formelhaften Wiederholungen Ausdruck fand, ein Hauptcharakteristikum des „regulativen Sprachspiels“.¹³ Insofern repräsentierte „Der schwarze Kanal“ quasi ein totalitäres Gegenstück zu der von Nina Verheyen dargestellten bundesdeutschen „Diskussionslust“.¹⁴

Im Zusammenspiel von Sprachgebrauch und Ideologie bediente sich „Der schwarze Kanal“ außerdem vier gängiger rhetorischer Strategien der DDR-Westagitation. Zunächst einmal bemühte die Sendung generelle Formen von Inklusion und Exklusion, die sie in einen Diskurs über Geschichte und Zukunft, an dem alle DDR-Bürgerinnen und -Bürger aktiv teilhaben sollten, einzubinden suchte. Darin verkörperte die DDR das vermeintlich „bessere“, sozialistische Deutschland, das unentwegt dem Ziel einer klassenlosen, friedliebenden kommunistischen Gesellschaft entgegenarbeitete. Überdies war das SED-Regime bestrebt, diese Ein- und Ausschlussprinzipien räumlich an das Staatsgebiet der DDR zu binden. Ferner skandalisierte und kriminalisierte „Der schwarze Kanal“ unter Verwendung einer Doppelstrategie innere und äußere Feinde. Einerseits sollten personelle und ideologische Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik exponiert und die Legitimität des westdeutschen Gesellschaftssystems unterminiert werden. Da das Magazin dabei über Verkürzungen, Falschmeldungen und einseitige Interpretationen hinausging und mitunter berechtigte Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik vorbrachte, erhöhte sich so die Komplexität seines Weltbildes. Andererseits sollte dadurch

¹¹ Pappert, Sprachspiele, S. 16-17 u. 57-58 u. 91-93.

¹² Meyen wandte dieses von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt entwickelte Konzept auf die DDR-Öffentlichkeit an. Michael Meyen, Öffentlichkeit in der DDR. Ein theoretischer und empirischer Beitrag zu den Kommunikationsstrukturen in Gesellschaften ohne Medienfreiheit, in: *Studies in Communication and Media* 0. 2011, S. 5-69. Ähnlich verhielt es sich bei der Schaffung der DDR als einer „imagined community“: Ralph Jessen, *Semantic Strategies of Inclusion and Exclusion in the German Democratic Republic (1949-1989)*, in: Willibald Steinmetz (Hg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford 2011, 275-91, hier S. 277.

¹³ Pappert, Sprachspiele, S. 15, 90.

¹⁴ Nina Verheyen, *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland*, Göttingen 2010.

gleichzeitig das SED-Regime als „antifaschistischer“ Gegenentwurf zu „Westdeutschland“ legitimiert werden. Eine vierte rhetorische Strategie zeichnete das Bild des homogenen und egalitären „Arbeiter- und Bauernstaats“ und stellte es dem einer stark individualistisch-kapitalistisch geprägten bundesdeutschen Gesellschaft gegenüber.¹⁵ Durch diese „intendierte Nivellierung“ der DDR-Gesellschaft wollte sich das SED-Regime zugleich als volksnah inszenieren.¹⁶

Der Systemkonflikt und das asymmetrische Verhältnis der beiden deutschen Staaten, in dem die Bundesrepublik in weitaus höherem Maße eine Referenzkultur für die DDR darstellte als umgekehrt, bestimmten auch die Entstehungsgeschichte des „Schwarzen Kanals“ bis hin zu seinem Sendeplatz montagsabends zwischen 21:30 und 22:00 Uhr im Anschluss an den „Archiv-“ bzw. „Montagsfilm“.¹⁷ So fürchtete die SED-Staatsführung insbesondere die verstärkte Einstrahlung westlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme.¹⁸ Außer der kurzlebigen Produktion des Deutschen Fernsehfunks (DFF) „Telestudio West“ diente Schnitzler vor allem die DDR-kritische Sendung „Die rote Optik“ des ARD-Journalisten Thilo Koch als Formatvorlage, die er auf seine ideologische Linie zuschnitt.¹⁹ Als Autor und Hauptmoderator verlieh Schnitzler der Sendung ihr Gesicht und inhaltliches Profil. So moderierte er persönlich 1.300 der insgesamt 1.519 Episoden, die vom DFF und ab Februar 1972 vom Fernsehen der DDR bis Ende Oktober 1989 ausgestrahlt wurden.²⁰ In wechselnder Besetzung wurde er dabei von einem Regisseur und einer kleinen Redaktion unterstützt. Gelegentlich ließ sich Schnitzler als Moderator zwischen 1960 und 1972 durch

¹⁵ Jessen, *Strategies*, S. 277-78, 282-86. Zum Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Identitätskonstruktion der DDR: Marcus Colla, *The Politics of Time and State Identity in the German Democratic Republic*, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 29. 2019, S. 223-51. Zur Skandalisierung der Bundesrepublik und der DDR als BRD-Gegenentwurf im „Schwarzen Kanal“: Kirsten Nähle, *Der Schwarze Kanal. Ein politisches Magazin des DDR-Fernsehens*, Marburg 2005, S. 50-74.

¹⁶ Pappert, *Sprachspiele*, S. 74.

¹⁷ Hickethier, *Geschichte*, S. 188; Levasier, *Kanal*, S. 240; Steinmetz u. Viehoff, *Fernsehen*, S. 370; Hans Müncheberg, *Schwarze Kanalgeschichten*, in: Heide Riedel (Hrsg.), *Mit uns zieht die neue Zeit ... 40 Jahre DDR-Medien. Eine Ausstellung des Deutschen Rundfunk-Museums* 25. August 1993 bis 31. Januar 1994, Berlin [1993], 130-131, hier S. 130. Zur Asymmetrie in den deutsch-deutschen Beziehungen: Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl. Bonn 1997, S. 13; Tobias Hochscherf u.a. (Hg.), *Divided, but Not Disconnected. German Experiences of the Cold War*. New York 2010; Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945-1989/90*, 2. Aufl., Berlin 2020.

¹⁸ Hans Müncheberg, *Blaues Wunder aus Adlershof. Der Deutsche Fernsehfunks – Erlebtes und Gesammeltes*, Berlin 2000, S. 114-15 u. 157-58; Claudia Dittmar, *GDR Television in Competition with West German Programming*, in: *Historical Journal of Film, Radio and Television* 24. 2004, S. 327-43, hier S. 334; Patrick Major, *Listening behind the Iron Curtain. BBC Broadcasting to East Germany and Its Cold War Echo*, in: *Cold War History* 13. 2013, S. 255-75, hier S. 266-73; Susanne Schädlich, *Briefe ohne Unterschrift. Wie eine BBC Sendung die DDR herausforderte*, München 2017.

¹⁹ Hickethier, *Geschichte*, S. 172 u. S. 282; Thilo Koch, *Westlicher Blick. „Die rote Optik“*, in: Riedel, *Zeit*, S. 125-129, hier S. 126.

²⁰ Sm. Nr. 1, unpaginiert; DRA, E028-00-06/0004300, Sm. Nr. 1519, *Letzte Sendung*, 30.10.1989; Biographie Karl-Eduard von Schnitzler.

Heinz Grote, der zeitweilig Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“ war, vertreten.²¹ Obwohl Schnitzler durch seine Führungspositionen als DFF-Chefkommentator, Mitglied des Rats für gesamtdeutsche Fragen (ab 1965), Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Journalisten (ab 1967) und Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Fernsehen (ab 1969) relative Narrenfreiheit bei der inhaltlichen Konzeption des „Schwarzen Kanals“ hatte, war er nicht völlig immun gegen Kritik aus dem SED-Zentralkomitee. Dort beklagte man zeitweise die aus der limitierten Quellenbasis resultierende Monotonie der Sendung.²² Denn nicht ohne Grund wurde „Der schwarze Kanal“ als Paradebeispiel der einseitigen Propaganda des SED-Staats selbst auch Ziel westdeutscher Politikmagazine wie „Diesseits und jenseits der Zonengrenze“ oder dem „Mitteldeutschen Tagebuch“.²³

Wegen seines westpolitischen Fokus erstreckt sich der Untersuchungszeitraum von der ersten Folge des „Schwarzen Kanals“ im März 1960 bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten Ende 1972, der de facto der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gleichkam.²⁴ Damit fällt er größtenteils in die dritte Phase der DDR-Westpolitik, die mit dem Bau der Mauer 1961 einsetzte und in dessen Verlauf sich die DDR international als der einzig legitime deutsche Staat zu inszenieren suchte.²⁵ Auch wenn die SED-Führung bereits seit Mitte der 1960er Jahre mehr und mehr auf eine Abgrenzung zur Bundesrepublik gesetzt hatte und vom Ziel einer Vereinigung abgerückt war, begann sich diese Demarkationspolitik erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums in konkreten Maßnahmen wie der Umbenennung des DFF in das Fernsehen der DDR im Februar 1972 niederzuschlagen.²⁶ Zugleich richtete sich „Der schwarze Kanal“ zwischen 1960 und 1972 noch an ein Massenpublikum, bevor sich seine Zielgruppe im Rahmen einer inhaltlichen Spezialisierung Mitte der 1970er Jahre zu systemrelevanten Multiplikatoren wie SED- und FDJ- Funktionärinnen und Funktionären

²¹ Die digitalisierten Sendemanuskripte. „Der schwarze Kanal“; Biographie Karl-Eduard von Schnitzler; Grote, Heinz, in: Biographische Angaben aus dem Handbuch „Wer war wer in der DDR?“, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/heinz-grote>.

²² Die digitalisierten Sendemanuskripte. „Der schwarze Kanal“; Biographie Karl-Eduard von Schnitzler; Levasier, Kanal, S. 244-45; Karl Eduard von Schnitzler, S. 270; Amos, SED-Deutschlandpolitik, S. 73.

²³ Thomas Heimann, Television in Zeiten des Kalten Krieges. Zum Programmaustausch des DDR-Fernsehens in den sechziger Jahren, in: Thomas Lindenberger (Hg.), Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln 2006, S. 235-61, hier S. 246.

²⁴ M.E. Sarotte, Dealing with the Devil. East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Chapel Hill 2001, S. 154.

²⁵ Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 31-34. Zur DDR-Außenpolitik: Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, München 2007.

²⁶ Dittmar, GDR, S. 330-31.

oder Angehörigen der Nationalen Volksarmee verlagerte.²⁷ Dieser Wandel war ein Grund für die überdurchschnittliche Unbeliebtheit der Propagandasendung, die weit über die allgemeine Präferenz der Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer für Unterhaltungsprogramme hinausging und sich in einem kontinuierlich rückläufigen Sendeanteil manifestierte. So sank die Sehbeteiligung bei der Erstausrahlung am Montagabend von durchschnittlich über 20% während der 1960er Jahre auf etwa 10% im Dezember 1972.²⁸ Für die Schaffung und Verbreitung eines offiziellen Weltbildes der SED-Westpolitik setzte das Magazin nun auf vier Komponenten.

II. „Die uniformierte Gesellschaft“: Das Feindbild Bundesrepublik

Eine wesentliche Grundlage für die Konstruktion einer sozialistischen Realität des deutsch-deutschen Verhältnisses stellten die Prägung und Verbreitung eines Feindbildes des „anderen“ Deutschland in Episoden des „Schwarzen Kanals“ mit westpolitischem Bezug dar. In seiner Rolle als SED-Leitmedium half dem Politmagazin dabei der Umstand, dass sein Macher als „einer der profiliertesten Feindbildproduzenten der DDR“ galt, wie Silke Satjukow und Rainer Gries ihm attestierten.²⁹ „Die uniformierte Gesellschaft“ – der Titel einer Folge, die symbolisch am 17. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland 1966 ausgestrahlt wurde, exemplifiziert sowohl das im „Schwarzen Kanal“ gezeichnete Schreckbild einer militaristischen Bundesrepublik als auch seine propagandistische Nutzung bundesdeutscher Jubiläen.³⁰

Auf einer strukturellen Ebene erfüllte die perzipierte Bedrohung durch die Bundesrepublik zwei Kernfunktionen. Neben der Erlangung der Deutungshoheit des eigenen Interpretationsmusters der deutsch-deutschen Beziehungen sollte dieses Feindbild ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im Sinne der DDR-„Erziehungsdiktatur“ (Dorothee Wierling) wirkmächtig beeinflussen.³¹ Dementsprechend brachte „Der schwarze Kanal“ im Zuge der stärkeren Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik während der zweiten Hälfte der 1960er und frühen 1970er Jahre seiner Zuschauerschaft stichwortartig das offizielle

²⁷ Karl Eduard von Schnitzler, S. 274; Levasier, Kanal, S. 240.

²⁸ Michael Meyen, Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003, S. 96-99; Michael Meyen, Einschalten, Umschalten, Ausschalten? Das Fernsehen im DDR-Alltag, Leipzig 2003, S. 80; Publizistische Reihen Hauptabend. Der Schwarze Kanal: PURHA02, DRA, Sehbeteiligungskartei, H-048-01-04/0183,

<http://dienste.dra.de/cgi-bin/zuschauerforschung/sehbeteiligungskartei.pl?Filecode=PURHA02&Page=1>.

²⁹ Silke Satjukow u. Rainer Gries, Feindbilder im Sozialismus. Eine theoretische Einführung, in: dies. u. ders. (Hg.), Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus. Leipzig 2004, S. 13-70, hier S. 50.

³⁰ DRA, E065-02-04/0001/305, Sm. Nr. 319, Die uniformierte Gesellschaft, 23.5.1966.

³¹ Dorothee Wierling, Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: Hartmut Kaelble u. Jürgen Kocka (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 404-425; Satjukow u. Gries, Feindbilder, S. 14.

„Feindbild Bundesrepublik“ nahe. Im Wesentlichen bestand es aus den folgenden Ingredienzen: Militarismus und Revanchismus als Staatsphilosophie, kriegstreiberisches Agieren Westdeutschlands mithilfe der Vereinigten Staaten, personelle Kontinuitäten zwischen bundesdeutschen und nationalsozialistischen Eliten, Streben nach Kernwaffen und Revision der europäischen Grenzen.³² Grundsätzlich folgte diese Feindbildproduktion der „Zwei-Lager-Theorie,“ die die Welt im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie manichäisch in Gut und Böse, sozialistisch und kapitalistisch, friedfertig und militaristisch aufteilte. In diesem binären Weltbild repräsentierte die Bundesrepublik als Verbündete bzw. „Kolonie“ der Vereinigten Staaten nicht nur einen „antinationalen Marionettenstaat“, sondern gewissermaßen das staatgewordene Böse. Die DDR und ihre Verbündeten hingegen waren die „Opfer“ bundesdeutscher wie westlicher „Aggression“.³³

Die angebliche Fremdbestimmung der Bundesrepublik durch die Vereinigten Staaten markierte eine von vier Kernthesen der DDR-Propaganda, auf die „Der schwarze Kanal“ in seiner Feindbildkonstruktion zurückgriff. Eine weitere Unterstellung fokussierte auf die militaristisch-expansionistische Ausrichtung der Bonner Politik, während eine dritte Erzählebene darauf angelegt war, das politische, soziale und wirtschaftliche System der Bundesrepublik in einen direkten Bezug zum Nationalsozialismus zu setzen. Die vierte Meistererzählung versuchte, die Bundesrepublik als einen Hort des „Klerikalfaschismus“ zu exponieren.³⁴ In der Praxis überlagerten sich diese Erzählstränge häufig.

Aus Sicht des „Schwarzen Kanals“ lag die Wurzel allen Übels im Grundgesetz, das zugleich die Hauptursache für die deutsche Teilung markierte. Anders als die aus dem Volk heraus legitimierte DDR-Verfassung, so Schnitzler anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes im Mai 1969, sei den Bundesbürgerinnen und -bürgern „dieses amerikanisch-englisch-französisch-vatikanisch-Bonner Machwerk aufoktroziert“ worden. Wegen des bewusst provisorischen Charakters des Grundgesetzes sah der Agitator in ihm ferner „das Tarngewand des ‚Wartesaals für ein größeres Deutschland‘.“³⁵ Bis in die späten 1960er Jahre

³² DRA, E065-02-04/0001/300, Sm. Nr. 314, ohne Titel, 18.4.1966, S. 3-4. Siehe auch: DRA, E065-02-04/0001/277, Sm. Nr. 291, Zustände und Stimmungen, 8.11.1965, S. 4; Nähle, Kanal.

³³ Thomas Haury, Von „den Finanzkapitalisten“ zu „den Zionisten“ – das „werk tätige Volk“ und seine Feinde, in: Satjukow u. Gries, Feinde, S. 107-126, hier S.109-110 u. 115-118. Exemplarisch: DRA, E065-02-04/0001/311, Sm. Nr. 325, ohne Titel, 4.7.1966, S. 1; DRA, E065-02-04/0001/370, Sm. Nr. 384, Kiesinger-Reise, 21.8.1967, S. 2; DRA, E001-00-01/0002/069, Sm. Nr. 525, 25. Jahrestag und Kambodscha, 4.5.1970; DRA, E001-00-01/0002/108, Sm. Nr. 564, Bundestagsdebatte, 1.2.1971, S. 3; DRA, E001-00-01/0002/148, Sm. Nr. 609, Die Paraphierung, 13.12.1971.

³⁴ Monika Gibas, „Bonner Ultras“, „Kriegstreiber“ und „Schlotbarone“. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren, in: Satjukow u. Gries, Feinde, S. 75-106, hier S. 87-88.

³⁵ DRA, E001-00-01/0002/021, Sm. Nr. 476, 20 Jahre Grundgesetz, 27.5.1969, S. 1-2. Zur deutschen Teilung, siehe auch die Folge vom 18.4.1966 (Sm. Nr. 314, S. 2) sowie DRA, E065-02-04/0001/377, Sm. Nr. 391, Der Bonner Schwachsinn, 9.10.1967, S. 3; DRA, E001-00-01/0002/036, Sm. Nr. 491, 20 Jahre Bundesrepublik, 8.9.1969, S. 1.

unterstellte „Der schwarze Kanal“ der Bundesregierung gemeinhin solche Expansionsbestrebungen.³⁶ Dabei stand auch der Vorwurf einer Kollusion der Regierungen der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten im Raum.³⁷ In diesem Sinne interpretierte Schnitzler im März 1970 die Ratifizierung der Pariser Verträge 1954 als wohlkalkulierten Souveränitätsverzicht der Bundesregierung, „um sich für ihre revanchistischen Pläne der Veränderung des Status quo in Europa die Unterstützung der Westmächte zu erkaufen“.³⁸

In diesem Kontext nahm die Bundeswehr als „antidemokratische[s] Machtinstrument eines antidemokratischen Staates“, wie Vertretungsmoderator Grote sie bezeichnete, eine symbolträchtige Rolle in der Feindbildkonstruktion des „Schwarzen Kanals“ ein.³⁹ Die Affäre um die Ablehnung des für die Bundeswehr konstitutiven Konzepts der Inneren Führung durch den Stellvertretenden Inspekteur des Heeres, Generalmajor Hellmuth Grashey, und Brigadegeneral Heinz Karst, sowie Grasheys Verbleib in seiner Führungsposition nutzte das TV-Magazin im Mai 1969, um autoritäre Denkmuster und die institutionelle und ideologische Verwurzelung der westdeutschen Armee anzuprangern.⁴⁰ In einer weiteren Folge diente die Bundeswehr deswegen auch als Rechtfertigung für die Existenz der Nationalen Volksarmee.⁴¹ Angesichts des hohen Militarisierungsgrades der DDR-Gesellschaft offenbart diese Semantik die Subjektivität und Elastizität des im „Schwarzen Kanals“ benutzten „Militarismus“-Begriffs.⁴²

War diese selbstbewusste Bundeswehr-Kritik Ausdruck der stärkeren Abgrenzung des SED-Staats von der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre, lässt sich Ähnliches für den Blick auf die westdeutsche Gesellschaftsordnung festhalten. Trotz der scheinbar existenziellen Bedrohung der DDR durch das sozioökonomische Modell Westdeutschland, wirkten die Anfeindungen des „Schwarzen Kanals“ gegen das bundesdeutsche Sozial- und

³⁶ DRA, E065-02-04/0001/173, Sm. Nr. 171, ohne Titel, 22.7.1963, S. 2; DRA, E065-02-04/0001/257, Sm. Nr. 271, 17. Juni, 21.6.1965, S. 2; DRA, E065-02-04/0001/276, Sm. Nr. 290, Bonn, die Wiedervereinigung u. die Oder-Neiße-Grenze, 1.11.1965, S. 1 u. S. 4; DRA, E065-02-04/0001/277, Sm. Nr. 291, Zustände und Stimmungen, 8.11.1965, S. 4; DRA, E065-02-04/0001/311, Sm. Nr. 325, ohne Titel, 4.7.1966, S. 1; DRA, E001-00-01/0002/025, Sm. Nr. 480, Der 17. Juni, Hallstein & Co, 23.6.1969, S. 5.

³⁷ DRA, E065-02-04/0001/309, Sm. Nr. 323, Barzels Konzeption, 20.6.1966, S. 4.

³⁸ DRA, E001-00-01/0002/063, Sm. Nr. 519, Erfurt (2), 23.3.1970, S. 4. Siehe auch: DRA, E065-02-04/0001/302, Sm. Nr. 316 Die Feinde des Dialogs, 2.5.1966, S. 3.

³⁹ DRA, E001-00-01/0002/15, Sm. Nr. 470, Das „gesamtdeutsche Modell“ Bundesrepublik, 14.4.1969, S. 3.

⁴⁰ DRA, E001-00-01/0002/018, Sm. Nr. 473, Grashey und Karst – zwei Bonner Generale, 5.5.1969, S. 1; Jens Scholten, Offiziere im Geiste unbesiegt, in: Norbert Frei (Hrsg.), Hitlers Eliten nach 1945, München, 2003, S. 117-64, hier S. 152.

⁴¹ DRA, E001-00-01/0002/093, Sm. Nr. 549, Manöver und Armeen hüben und drüben, 19.10.1970, S. 6; Sönke Neitzel, Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Berlin, 2020, S. 411.

⁴² Matthias Rogg, Bewaffneter Friede? Die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, in: Andreas H. Apelt u.a. R (Hg.), Erinnerungsort DDR. Alltag – Herrschaft – Gesellschaft, Berlin 2016, S. 117-29, hier S. 118; Haury, Finanzkapitalisten, S. 107-126. Darin ähnelte der „Militarismus“-Begriff dem von der DDR-Propaganda benutzten „Faschismus“-Begriff. Christoph Classen, Feindbild Faschismus. Zum Doppelcharakter einer Gegnerkategorie in der frühen DDR, in: Satjukow u. Gries, Feinde, S. 127-48, hier S. 127.

Wirtschaftssystem anfänglich noch zaghaft.⁴³ Während der 1960er Jahre spitzte sich diese Sozialkritik dann zu: Im Juli 1966 konstruierte Heinz Grote gar eine historische Analogie zwischen den bundesrepublikanischen Verhältnissen und der politischen Radikalisierung und Instabilität in der Weimarer Republik.⁴⁴ Als besonders problematischen Aspekt des westdeutschen Gesellschaftssystems machte eine Folge im Juni 1966 den dort vorherrschenden Individualismus aus, den sie als eine Kontinuität aus der NS-Diktatur betrachtete und als wesentliche Vorbedingung für „eine ‚Volksgemeinschaft‘ neuen Typus“, dem angeblichen Ziel gesellschaftlicher Entwicklung in der Bundesrepublik, skizzierte.⁴⁵ Dem individualistischen Modell der sozialen Marktwirtschaft stellte Schnitzler im April 1970 die DDR-Planwirtschaft mit ihrem Kollektivismus als vermeintlich überlegenes ökonomisches System gegenüber.⁴⁶

Darüber hinaus lieferte die westdeutsche Debatte über die Notstandsgesetze 1966/67 dem „Schwarzen Kanal“ eine Steilvorlage für seine Gesellschaftskritik, wobei immer wieder der strittige Umgang beider deutscher Staaten mit der NS-Vergangenheit zum Tragen kam.⁴⁷ Im Kern sahen die Gesetzesregelungen für den Fall eines Notstandes in der Bundesrepublik das Außerkraftsetzen des Grundgesetzes sowie Sonderrechte für die auf Bundesgebiet stationierten Westalliierten Truppen vor.⁴⁸ Zeitnah erklärte „Der schwarze Kanal“ den Fernsehzuschauerinnen und -zuschauern unter Verwendung von NS-Analogien seine Sicht auf die neue Gesetzgebung. Als „Generalvollmacht zur Unterdrückung“ charakterisierte Schnitzler die Notstandsgesetze, die im Übrigen „von Hitlers Ermächtigungsgesetzmachern erarbeitet“ worden seien und „über Hitlers Ermächtigungsgesetze hinaus[gingen]“.⁴⁹ Bei seiner Ursachenfindung bemühte „Der schwarze Kanal“ ein marxistisch-leninistisches Erklärungsmodell, demzufolge die Notstandsgesetze eine Reaktion der Bundesregierung auf

⁴³ DRA, E065-02-04/0001/006, Sm. Nr. 6, ohne Titel, 2.5.1960, S. 3 u. 4; Arnold Sywottek, Die Bundesrepublik Deutschland als gesellschaftspolitische Herausforderung der DDR, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 151-63.

⁴⁴ DRA, E065-02-04/0001/311, Sm. Nr. 325, ohne Titel, 4.7.1966, S. 7.

⁴⁵ DRA, E065-02-04/0001/307, Sm. Nr. 321, SPD-Parteitag, 6.6.1966, S. 4. Siehe auch die Folge vom 14.4.1969 (Sm. Nr. 470, S. 1).

⁴⁶ DRA, E001-00-01/0002/067, Sm. Nr. 523, Graue Pläne, 20.4.1970, S. 5.

⁴⁷ Boris Spornol, Notstand der Demokratie. Die Proteste gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Essen 2008. Zur NS-Vergangenheit: Jürgen Danyel u.a., Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Jürgen Kocka u. Martin Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte: Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, 148-52; Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995; Jeffrey Herf, Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys, Cambridge, MA 1997; Bill Niven, The Sideways Gaze. The Cold War and Memory of the Nazi Past, 1949-1970, in: Hochscherf, Divided, S. 49-62.

⁴⁸ Martin Diebel, „Die Stunde der Exekutive“. Das Bundesinnenministerium und die Notstandsgesetze 1949-1968. Göttingen 2019, S. 29 u. S. 101-193.

⁴⁹ DRA, E065-02-04/0001/304, Sm. Nr. 318, Notstand und Dialog, 16.5.1966, S. 2. Siehe auch: DRA, E065-02-04/0001/375, Sm. Nr. 389, Stoph-Brief, 25.9.1967, S. 4.

die Verbesserung der „objektiven Bedingungen für die Verschärfung des Klassenkampfes“ in der Bundesrepublik darstellten.⁵⁰

Im Weltbild der Fernsehsendung zählte ebenso das von „Kandidatenkauf und Abgeordnetenbestechung“ getragene „System der ‚freien Wahlen‘“, wie Grote es nannte, zu den systemischen Unzulänglichkeiten der politischen Ordnung in der Bundesrepublik.⁵¹ Im Grunde genommen sei die Bundespolitik doch ein „im Auftrag der Monopole“ gestaltetes System, in dem die öffentliche Meinung gezielt manipuliert werde, führte Schnitzler diese Gedanken an anderer Stelle aus.⁵² Als besondere Gefährdergruppe identifizierte das Magazin die dort ansässigen und gut im politischen System Westdeutschlands vernetzten Heimatvertriebenen, denen es „revanchistische“ Ambitionen unterstellte.⁵³

Hart ging „Der schwarze Kanal“ auch mit der bundesdeutschen Parteienlandschaft ins Gericht und sprach den Unionsparteien CDU und CSU, der FDP sowie der SPD jedwede konstruktive Rolle bei der Gestaltung des deutsch-deutschen Verhältnisses ab.⁵⁴ Programmatisch hätten sich die Unionsparteien mit ihrem Beharren auf dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch, so Grote im Mai 1965, ohnehin in eine „Sackgasse“ manövriert.⁵⁵ Außerdem war „Der schwarze Kanal“ zwischen 1966 und 1972 bestrebt, die Deutschlandpolitik der Unionsparteien in die Nähe rechtsextremer Kräfte wie der NPD zu rücken.⁵⁶ Demgemäß spielte das Magazin auf Verwicklungen von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit dem NS-Regime an.⁵⁷ Bundespräsident Heinrich Lübke und der Unionsfraktionsführer im Bundestag, Rainer Barzel, gerieten ebenfalls in das Fadenkreuz des „Schwarzen Kanals“. Als „naßforschen Hitlerjungen [...], der sich jetzt auf Alt-Beatle trimmen ließ“, verhöhnte Schnitzler Barzel im Juni 1969.⁵⁸ Zuvor hatte der Agitator bereits Barzels Benennung der DDR-Westpolitik als Erpressung und der SED-Führung als

⁵⁰ Siehe die Folge vom 20.6.1966 (Sm. Nr. 323, S. 4).

⁵¹ DRA, E065-02-04/0001/303, Sm. Nr. 317, ohne Titel, 9.5.1966, S. 6. Siehe auch: DRA, E001-00-01/0002/020, Sm. Nr. 475, Wahlkampf, 19.5.1969, S. 4.

⁵² DRA, E001-00-01/0002/053, Sm. Nr. 508, Völkerrechtliche Beziehungen, 5.1.1970, S. 2.

⁵³ DRA, E065-02-04/0001/265, Sm. Nr. 279, 13. August und Revanchismus, 16.8.1965, S. 4; DRA, E001-00-01/0002/022, Sm. Nr. 477, Bonner Nationalismus und Anerkennung, 2.6.1969; DRA, E001-00-01/0002/131, Sm. Nr. 587, Revanchismus – Friedliche Koexistenz – Abgrenzung, 12.7.1971, S. 1. Hier folgte das Magazin der SED-Linie: Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949-1990, München 2009, S. 12.

⁵⁴ DRA, E065-04-02/0001/188, Sm. Nr. 199, Krüger – Haffner – Guttenberg, 27.1.1964; DRA, E065-02-04/0001/195, Sm. Nr. 206, Wessel, Dehler, Wehner, 16.3.1964; DRA, E065-02-04/0001/301, Sm. Nr. 315, ohne Titel, 25.4.1966, S. 1; DRA, E065-02-04/0001/378, Sm. Nr. 392, Bundestag und Anerkennung, 16.10.1967.

⁵⁵ Sm. Nr. 317, S. 4. Zur CDU: Frank Bösch, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, Stuttgart 2001.

⁵⁶ DRA, E065-02-04/0001/310, Sm. Nr. 324, ohne Titel, 27.6.1966, S. 9; DRA, E001-00-01/0002/167, Sm. Nr. 628, Politische Kriminalität, 24.4.1972, S. 2.

⁵⁷ Sm. Nr. 389, Stoph-Brief, 25.9.1967, S. 4. Zu Kiesinger im „Dritten Reich“: Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger, 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 69-189.

⁵⁸ Sm. Nr. 480, S. 5; DRA, E065-02-04/0001/234, Sm. Nr. 247, Lübke und der Staat, 4.1.1965.

„Diktatoren“ unter Verweis auf das problematische Verhältnis der Regierung Erhard zu den Autokraten Francisco Franco, Antonio de Oliveira Salazar oder Hendrik Frensch Verwoed zurückgewiesen.⁵⁹ Persönlichen Attacken sah sich außerdem Franz Josef Strauß (CSU) ausgesetzt, den Schnitzler als „etwas dick geratene bayrische Kassandra“ oder „Gefahr [...] für die europäische Sicherheit“ stigmatisierte.⁶⁰

Der FDP erging es ähnlich, boten die Liberalen dem „Schwarzen Kanal“ wegen des Unterwanderungsversuches des „Naumann-Kreises“ um den Alt-Nazi Werner Naumann viel Angriffsfläche.⁶¹ Infolgedessen verurteilte Schnitzler im Sommer 1966 relativierende Äußerungen des Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, zu rechtsextremen Tendenzen in der Bundesrepublik.⁶² „Schließlich hat diese Partei seit ihrer Gründung alles mitgemacht, was zur Spaltung Deutschlands und zur Gefährdung der europäischen Sicherheit führte,“ machte im folgenden Jahr eine Episode dem Unmut über das FDP-Programm Luft.⁶³ Nach dem Ende der „Hallstein-Doktrin“ behielt „Der schwarze Kanal“ seine kritische Haltung zur deutschlandpolitischen Linie der Freien Demokraten bei und lehnte die nach dem Außenminister und Vizekanzler der sozialliberalen Koalition, Walter Scheel, benannte „Scheel-Doktrin“ ab.⁶⁴

Komplexer gestaltete sich hingegen das im „Schwarzen Kanal“ gezeichnete Bild der Sozialdemokraten, das bis mindestens Sommer 1966 ambivalent ausfiel, bevor sich innerhalb der DDR-Führung SPD-kritische Stimmen durchsetzten.⁶⁵ Anfang Juni 1966 wertete eine Folge Forderungen des SPD-Parteitages nach einer bundesdeutschen Teilhabe an nuklearen Planungen der NATO als Evidenz für die aggressive Politik der Sozialdemokraten gegenüber der DDR und dem Warschauer Pakt.⁶⁶ Gleichzeitig berichtete das Magazin aber noch einen Monat später hoffnungsvoll über die Versuche der DDR-Führung, die SPD als moderierende Kraft in der Bundesrepublik gegen die Notstandsgesetze oder den Alleinvertretungsanspruch instrumentalisieren zu können.⁶⁷

⁵⁹ DRA, E065-02-04/0001/315, Sm. Nr. 329, CDU-Prominenz zur Deutschlandfrage, 1.8.1966, S. 3 u. S. 5.

⁶⁰ DRA, E001-00-01/0002/160, Sm. Nr. 621, Abfuhr für Erzfeinde der Verständigung, 6.3.1972, S. 2. Siehe auch: Sm. Nr. 318, S. 3; Sm. Nr. 329, S. 5; DRA, E001-00-01/0002/200, Sm. Nr. 661, Die zweite Anerkennungswelle, 18.12.1972, S. 3.

⁶¹ Martin Will, Das Parteiverbot der rechtsextremen SRP von 1952. Thomas Dehlers Rosenberg und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2017, S. 419; Günter J. Trittel, „Man kann ein Ideal nicht verraten...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013. Zeitgenössisch: Gefahr von rechts, in: Der Spiegel, 21.4.1965, S. 42.

⁶² Sm. Nr. 329, S. 1.

⁶³ DRA, E065-02-04/0001/349, Sm. Nr. 363, Diese Bundesrepublik, 28.3.1967, S. 2.

⁶⁴ DRA, E001-00-01/0002/171, Sm. Nr. 632, Gegen den Geist der Verträge, 22.5.1972, S. 6; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 351.

⁶⁵ Mario Frank, Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie, Berlin 2001, S. 378-385.

⁶⁶ Sm. Nr. 321, S. 3. Siehe auch: Sm. Nr. 314, S. 1.

⁶⁷ DRA, E065-02-04/0001/311, Sm. Nr. 325, ohne Titel, 4.7.1966, S. 3, 5.

Auch SPD-Spitzenpolitiker, allen voran den Parteivorsitzenden Willy Brandt, seinen Stellvertreter Herbert Wehner, den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Fritz Erler, sowie Brandts „Superminister“ Karl Schiller, griff das Magazin persönlich an. Da sich die SPD-Führung dem Ansinnen des SED-Zentralkomitees versagte, im Bundestag gegen die „Hallstein-Doktrin“ oder die Politik der Regierung Erhard im Vietnamkrieg zu protestieren, unterstellte Heinz Grote Brandt, Wehner und Erler im Juli 1967 bellizistische Ambitionen.⁶⁸ Als Westberliner Oberbürgermeister war Brandt bereits Anfang 1962 wegen seiner kritischen Haltung zum Bau der Mauer in die Kritik des „Schwarzen Kanals“ geraten.⁶⁹ Als ehemaliges KPD-Mitglied sah sich Wehner Vorwürfen des Verrats ausgesetzt, die auf seiner Zeit im Moskauer Exil in den 1930er und 1940er Jahren beruhten.⁷⁰ Schiller wiederum lastete eine Episode seine Berufung zum Professor an die Universität Rostock während der NS-Diktatur an.⁷¹ Als prominenter SPD-Unterstützer im Bundestagswahlkampf 1965 wurde auch der Schriftsteller Günter Grass zur Zielscheibe des „Schwarzen Kanals“, der ihn als „Reklamemanager für die ‚freie Wahl‘ Schillers, Wehners, Schmidts und Brandts“ titulierte.⁷²

Wegen ihrer zentralen Rolle im deutsch-deutschen Systemkonflikt und des Formats des „Schwarzen Kanals“ nahmen bundesdeutsche Medien einen weiteren, wichtigen Platz in der diskursiven Konstruktion des Feindbildes Westdeutschland ein. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren stand ihre Repräsentation im Zeichen der wachsenden Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik. Immer wieder beschuldigte „Der schwarze Kanal“ westdeutsche Medien der Meinungsmanipulation und vorsätzlichen Falschinformation.⁷³ Vor allem den *Spiegel* und die *Bild* Zeitung verachtete er.⁷⁴ „Ja, wir sollten in der DDR unbedingt auch eine ‚Bild-Zeitung‘ herausbringen, damit die Menschen politisch interessierter sind, und einen ‚Spiegel‘, damit sie besser informiert sind,“ ätzte Schnitzler im Juni 1969.⁷⁵ Als „Revanchismus – viermal täglich via Westfernsehen frei Haus!“ wertete der Agitator darüber hinaus die noch im April 1970 im „Westfernsehen“ verwendeten Wetterkarten, die

⁶⁸ DRA, E065-02-04/0001/313, Sm. Nr. 327, Brandt, Wehner, Erler am 14.7. im Westfernsehen, 18.7.1966, unpaginiert.

⁶⁹ DRA, E065-02-04/0001/095, Sm. Nr. 93, ohne Titel, 8.1.1962, S. 1.

⁷⁰ DRA, E001-00-01/0002/065, Sm. Nr. 521, Friedensforschung, Wetterkarte und Völkerrecht, 6.4.1970, S. 2; Christoph Meyer, Herbert Wehner. Biographie, 3. Aufl., München 2006; Reinhard Müller, Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg 2004.

⁷¹ DRA, E065-02-04/0001/355, Sm. Nr. 369, Schiller & Co, 9.5.1967, S. 2; Torben Lütjen, Karl Schiller (1911-1994). „Superminister“ Willy Brandts, Bonn 2007, S. 92-93.

⁷² DRA, E065-02-04/0001/376, Sm. Nr. 390, Keine Antwort ist auch eine Antwort, 2.10.1967, S. 1-2.

⁷³ DRA, E001-00-01/0002/189, Sm. Nr. 650, Der internationale Status der DDR im Lichte des Westfernsehens, 2.10.1972, S. 3; DRA, E001-00-01/0002/197, Sm. Nr. 658, Zusammenarbeit und entgegengesetzte Positionen, 27.11.1972, S. 3.

⁷⁴ So die Folge vom 21.8.1967 (Sm. Nr. 384, S. 5). Siehe ferner: DRA, E001-00-01/0002/062, Sm. Nr. 518, Erfurt, 16.3.1970, S. 1.

⁷⁵ Sm. Nr. 480, S. 3.

Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigten.⁷⁶ Zugleich verbat sich Schnitzler aber ausländische Kritik an der Einschränkung der Pressefreiheit in der DDR, wie bei Willy Brandts Besuch in Erfurt 1970.⁷⁷

Infolge der SED-Abgrenzungspolitik zur Bundesrepublik Anfang der 1970er Jahre feindete „Der schwarze Kanal“ außerdem seine westdeutschen „Gegenspieler“ Thilo Koch und Gerhard Löwenthal persönlich an. Löwenthal, dem Macher des DDR-kritischen „ZDF-Magazins“, warf Schnitzler „dümmlische Frechheit“ vor und spottete über dessen gescheiterten Versuch, für die CDU in den Bundestag einzuziehen.⁷⁸ Koch ging er härter an und bezichtigte ihn der „Meinungsmanipulation“, „Geschichtsfälschung“ sowie Mithilfe zur Herbeiführung eines „neue[n] Aufschwung[s] von Verleumdung der DDR, von Hetze und Haß gegen die DDR“.⁷⁹ In derartigen Aussagen schwang nicht nur eine tiefe persönliche Verachtung für einzelne Journalisten und die politische, soziale und ökonomische Ordnung der Bundesrepublik mit, sondern sie illustrieren den Anspruch des Magazins an die Deutungshoheit seiner erschaffenen Realität der DDR-Westpolitik.

III. „Konföderation“ und „friedliche Koexistenz“:

Gegenentwürfe zur bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik

Stigmatisierte, skandalisierte und schikanierte „Der schwarze Kanal“ die Bundesrepublik in seiner Feindbildkonstruktion als „Notstands-Demokratie, die sich ihre Diktatur-Gesetze schon auf Abruf bereitgelegt hat“, wie Grote es 1968 ausdrückte, stellte die Sendung diesem Schreckbild zugleich die DDR als „Alternative zu diesem Bonner Staat der Monopole und der Neonazis“ gegenüber.⁸⁰ Angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten kämpfte das Magazin in seiner Legitimationsstrategie jedoch gegen ein nationalstaatliches Defizit an.⁸¹ Dennoch gab sich „Der schwarze Kanal“ seit Mitte der 1960er Jahre im Kontext der ostdeutschen Demarkation von der Bundesrepublik zusehends selbstsicherer. Im Mai 1966 argumentierte Grote im Sinne des historischen Materialismus, die DDR sei

⁷⁶ Sm. Nr. 521, S. 4; Rolf F. Nohr, Karten im Fernsehen. Die Produktion von Positionierung, Münster 2002, S. 39.

⁷⁷ Sm. Nr. 519, S. 1.

⁷⁸ DRA, E001-00-01/0002/071, Sm. Nr. 527, Vor Kassel, 18.5.1970, S. 1. Zum biographischen „Gegenspieler“-Motiv: Kathrin Gerlof, Gerhard Löwenthal/Karl-Eduard von Schnitzler. GegenSpieler, Frankfurt 1999. Kritisch dazu: Christoph Classen, Gleiche Gegner? Karl-Eduard von Schnitzler und Gerhard Löwenthal als politische Publizisten im Kalten Krieg, in: Martin Sabrow (Hg.), Das Jahrhundert der Parallelbiographien, Helmstedt 2017, 27-67.

⁷⁹ DRA, E001-00-01/0002/083, Sm. Nr. 539, Die Erben der Teilung, 7.8.1970, S. 2; DRA, E001-00-01/0002/143, Sm. Nr. 604, Wie gehabt. Lügen nach innen und außen, 8.11.1971, S. 3.

⁸⁰ DRA, E065-02-04/0001/414, Sm. Nr. 428, Um die DDR kommt Bonn nicht herum!, 1.7.1968, unpaginiert.

⁸¹ Haury, Finanzkapitalisten, S. 115.

„Westdeutschland eine ganze historische Etappe voraus“.⁸² Knapp vier Jahre später setzte Schnitzler die DDR, wo „der Volkswille zur Volksmacht“ geworden sei, noch deutlicher von der Bundesrepublik ab.⁸³

Die „friedliche Koexistenz“ sowie eine „Konföderation“ beider deutscher Staaten repräsentierten die zentralen westpolitischen Konzepte dieses Gegenentwurfs. Außer einem beiderseitigen Gewaltverzicht beinhaltete der von Walter Ulbricht, dem Ersten Sekretär des SED-Zentralkomitees und Vorsitzenden des DDR-Staatsrats, formulierte Gedanke einer gesamtdeutschen „Konföderation“ Kooperationen auf den Gebieten Handel, Währung, Wirtschaft und Verkehr. Primär stellte das Konzept jedoch ein propagandistisches Mantra der SED-Westagitation dar, weil die von DDR-Seite daran geknüpften Vorbedingungen wie die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik oder dem NATO-Truppenabzug vom Bundesgebiet für die Bonner Regierung von vorneherein inakzeptabel waren. Obendrein hatte die Sowjetführung nach der gescheiterten Stalin-Note vom März 1952 die deutsche Teilung bereits *de facto* anerkannt.⁸⁴

Die Doktrin einer „friedlichen Koexistenz“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus ging auf Nikita Chruschtschow zurück, der zwischen 1958 und 1964 Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion sowie der Kommunistischen Partei war.⁸⁵ Um ihren universellen Charakter zu betonen, führte Schnitzler ihre grundlegenden Prinzipien Ende 1960 auf die Konferenz blockfreier Staaten im indonesischen Bandung 1955 zurück.⁸⁶ Mit der stärkeren Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik wandelte sich diese Darstellung in den frühen 1970er Jahren: Im Mai 1972 rückte Grote das Konzept wieder in die Nähe des Sozialismus, indem er den Vietnamkrieg als den Versuch Washingtons brandmarkte, „den Vormarsch der friedlichen Koexistenz zu stoppen“.⁸⁷

⁸² Sm. Nr. 317, S. 6. Zum Geschichtsbild und der Geschichtswissenschaft in der DDR: Ilko-Sascha Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates: Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997; Georg G. Iggers u.a. (Hg.), Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, München 1998; Martin Sabrow, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR, 1949-1969, München 2001; Heike Christina Mätzing, Geschichte im Zeichen des historischen Materialismus. Untersuchungen zu Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht in der DDR, Hannover 1996; Lothar Mertens, Priester der Klio oder Hofchronisten der Partei? Kollektivbiographische Analysen zur DDR-Historikerschaft, Göttingen 2006.

⁸³ Sm. Nr. 519, S. 4. Siehe auch: Sm. Nr. 539, S. 3.

⁸⁴ Frank, Ulbricht, S. 378-379. Zur Stalin-Note: Peter Ruggenthaler (Hg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007; Amos, SED-Deutschlandpolitik, S. 126.

⁸⁵ Bernd Stöver, Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 386-89.

⁸⁶ DRA, E065-02-04/0001/037, Sm. Nr. 37, ohne Titel, 12.12.1960, S. 2; DRA, E065-02-04/0001/076, 4.9.1961, S. 2. Zur Bandung-Konferenz: Odd Arne Westad, The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2005, S. 99-103.

⁸⁷ DRA, E001-00-01/0002/169, Sm. Nr. 630, Hände weg von Vietnam, 9.5.1972, S. 5.

Beide Konzeptionen waren in der Weltsicht des „Schwarzen Kanals“ eng miteinander verwoben. Anfang November 1965 erläuterte eine Folge, die „Konföderation“ repräsentiere „die staatsrechtliche Form der friedlichen Koexistenz“. Dabei leite sich aus der Anerkennung des Status quo keineswegs eine Bestätigung der deutschen Teilung ab. Vielmehr sei sie „die Voraussetzung zur Überwindung der Spaltung“.⁸⁸ Dass derartige Aussagen nicht mehr als Lippenbekenntnisse waren, zeigte die stärkere Betonung der systemischen Unvereinbarkeit der Bundesrepublik und der DDR im „Schwarzen Kanal“ seit Mai 1966, die nun die deutsche Spaltung zu bestätigen schien.⁸⁹

Zwischen 1966 und 1970 führte die Fernsehsendung diese Inkompatibilität außerdem als Argument gegen eine Wiedervereinigung unter bundesdeutscher Federführung ins Feld. Zur Abschreckung davor entwarf „Der schwarze Kanal“ sogar Horrorszenarien einer solchen feindlichen Übernahme, deren mutmaßliches Ziel die Austilgung des „real existierenden Sozialismus“ auf deutschem Boden war. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Volkseigene Betriebe, so eine Folge im April 1966, würden marktwirtschaftlich re-organisiert, das Blockparteiensystem, die soziale Sicherung, Bildung für alle und Massenorganisationen beseitigt sowie das „dergestalt ‚Wiedervereinigte Deutschland‘ hinein in die NATO“ geführt werden.⁹⁰ Mitglieder des Forschungsrats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, der im Auftrag der Bundesregierung solche Übernahmeszenarien plante, stilisierte Schnitzler im April 1970 demnach zu „qualifizierten Fachleute[n] der Konterrevolution“.⁹¹

Demgegenüber zeichnete „Der schwarze Kanal“ in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre das Bild einer souveränen und friedliebenden DDR.⁹² „Kein Kaiser-, Hindenburg-, Hitler- und kein NATO-Deutschland. Sondern ein friedliches. [...] Ein Deutschland also wie die DDR...“, setzte eine Ausgabe im November 1965 einen westpolitischen Kontrapunkt zu deutschlandpolitischen Initiativen der Bundesrepublik. Derweil verbat sie sich Mitgefühl oder humanitäre Hilfe aus Westdeutschland und spekulierte stattdessen offen über staatszersetzende Intentionen hinter solchen Hilfsangeboten.⁹³ Im Januar 1971 verkehrte Schnitzler sogar die bundesdeutsche Phrase von den „menschlichen Erleichterungen für die

⁸⁸ Sm. Nr. 290, S. 6.

⁸⁹ Siehe die Sendungen vom 2.5.1966 (Sm. Nr. 316, S. 4) und 12.7.1971 (Sm. Nr. 587, S. 4).

⁹⁰ Sm. Nr. 315, S. 2. Siehe auch: Sm. Nr. 323, S. 2; DRA, E001-00-01/0002/017, Sm. Nr. 472, Bonner Eiertanz gegen DDR-Anerkennung, 28.4.1969, S. 8.

⁹¹ Sm. Nr. 523, S. 2 u. S. 7; Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*. Darmstadt 1999, S. 71.

⁹² Siehe die Sendungen vom 9.10.1967 (Sm. Nr. 391, S. 4), 1.7.1968 (Sm. Nr. 428, unpaginiert) und 14.4.1969 (Sm. Nr. 470, S. 10).

⁹³ Sm. Nr. 290, S. 2 u. S. 8. Siehe zudem die Sendungen vom 18.4.1966 (Sm. Nr. 314, S. 1), 2.5.1966 (Sm. Nr. 316, S. 5) und 1.2.1971 (Sm. Nr. 564, S. 4).

Landsleute im anderen Teil Deutschlands““ in ihr Gegenteil, indem er anriet, darüber nachzudenken, „wie die Lage der in Unsicherheit und Ungewißheit lebenden Bundesbürger ‚erleichtert‘“ werden könne.⁹⁴ Schnitzlers Aussage offenbarte einmal mehr den hohen Grad an Subjektivität in der diskursiven Konstruktion einer vom SED-Regime verordneten Realität der deutsch-deutschen Beziehungen.

Während das TV-Magazin die DDR als ein Hort des Friedens idealisierte, hatte es die Bundesrepublik bereits im Dezember 1960 als „Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und der Entspannung in Europa““ ausgemacht.⁹⁵ Dieses Feindschema drang im Zusammenhang mit der „Friedensnote“ der Regierung Erhard vom März 1966 durch, die Grote als „Reklamenote“ abtat. Gänzlich unberechtigt war Grotes Kritik nicht, hielt die Bundesregierung darin am völkerrechtlichen Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie der Ablehnung einer Annullierung des Münchener Abkommens von 1938 fest. Hinzu kam noch, dass sie Ost-Berlin als einzigem Warschauer Pakt Staat nicht übersandt worden war.⁹⁶ Deswegen sah „Der schwarze Kanal“ im April 1966 seine Befürchtungen vor westdeutschem Expansionismus bestätigt und zeigte sich darüber pikiert, dass die Bundesregierung „allen möglichen Staaten in Mittelhochtiefaustralien, Südostasien, Nordamerika und Westafrika einen Bonner ‚Gewaltverzicht‘“ offeriere, außer der DDR.⁹⁷ Dagegen lobte das Magazin im folgenden Jahr DDR-Ministerpräsident Willi Stophs westpolitische Initiative zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen und verurteilte deren Ablehnung durch Bundeskanzler Kiesinger dementsprechend.⁹⁸

„Der schwarze Kanal“ bewahrte seine kritische Haltung zur Deutschlandpolitik auch während der späten 1960er und frühen 1970er Jahre, als die Neue Ostpolitik die „Hallstein-Doktrin“ ablöste.⁹⁹ Darin folgte das Magazin der SED-Linie, die in Willy Brandts und Egon Bahrs Formel vom „Wandel durch Annäherung“ bereits 1963 „eine SPD-Version der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR“ zu erkennen geglaubt hatte, wie Heike Amos argumentiert.¹⁰⁰ Dieses Urteil basierte auf den grundverschiedenen Intentionen hinter beiden Konzeptionen: Während die Neue Ostpolitik langfristig, d.h. selbst nach einer

⁹⁴ DRA, E001-00-01/0002/054, Sm. Nr. 509, Vor der Brandt-Rede, 12.1.1970, S. 3.

⁹⁵ Sm. Nr. 37, S. 8. Siehe auch: DRA, E065-02-04/0001/020, Sm. Nr. 20, ohne Titel, 15.8.1960; DRA, E065-02-04/0001/209, Sm. Nr. 221, Spannung und Wiedervereinigung, 29.6.1964; DRA, E065-02-04/0001/294, Sm. Nr. 308, Utopie und Wiedervereinigung, 7.3.1966.

⁹⁶ Sm. Nr. 324, S. 3 u S. 9; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 335-36.

⁹⁷ Sm. Nr. 315, S. 2.

⁹⁸ Sm. Nr. 389, S. 1-3; Sm. Nr. 390, S. 2. Kilian, Hallstein-Doktrin, S.339.

⁹⁹ Siehe die Folgen vom 28.4.1969 (Sm. Nr. 472, S. 2) und 23.3.1970 (Sm. Nr. 519, S. 5); DRA, E001-00-01/0002/061, Sm. Nr. 517, Neue Deutschland-Politik, 9.3.1970, S. 2 u. 6; DRA, E001-00-01/0002/136, Sm. Nr. 592, Rund um den 13. August, 16.8.1971, S. 5.

¹⁰⁰ Amos, SED-Deutschlandpolitik, S. 125.

Anerkennung der DDR, auf eine Überwindung der deutschen Teilung angelegt war, strebte die DDR hingegen eine Zementierung der gegenwärtigen Grenzen an.¹⁰¹ Zwar erkannte Schnitzler im Dezember 1969 an, dass Brandt „richtig und realistisch von ‚zwei deutschen Staaten‘“ spreche.¹⁰² Das hielt ihn aber nicht davon ab, die Neue Ostpolitik im Folgemonat als „auf neu geschminkt[en] [...] Hallstein-Unfug“ zu verreißen.¹⁰³ Ähnlich negativ kommentierte „Der schwarze Kanal“ die beiden Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Brandt und DDR-Ministerpräsident Stoph in Erfurt und Kassel im März und Mai 1970.¹⁰⁴ In der Tat hatten die Positionen beider Seiten zu weit auseinander gelegen, als dass sich etwas Substanzielles hätte vereinbaren lassen.¹⁰⁵ Somit war die Neue Ostpolitik aus Sicht des „Schwarzen Kanals“ gescheitert. Im Gegensatz dazu betrachtete Schnitzler den Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im November 1972 als Sieg der „friedlichen Koexistenz“.¹⁰⁶ Zumindest in der diskursiven Konstruktion einer SED-konformen Realität der Westpolitik hatten sich die „Konföderation“ und „friedliche Koexistenz“ gegenüber der Deutschlandpolitik durchgesetzt.

IV. Der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961:

Herausforderungen für die SED-Legitimationsstrategie

Boten die Konzepte der „friedlichen Koexistenz“ und einer deutsch-deutschen „Konföderation“ dem Magazin die Möglichkeit, seinen Zuschauerinnen und Zuschauern die Westpolitik als einen erfolgreichen Gegenentwurf zur Deutschlandpolitik zu präsentieren, sah sich „Der schwarze Kanal“ auch mit Legitimationsproblemen, vor allem den Unruhen vom 17. Juni 1953 und dem Bau der Mauer am 13. August 1961, konfrontiert. Am 17. Juni 1953 ließ Moskau mithilfe der Roten Armee einen landesweiten Aufstand über die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen niederschlagen und verhängte den Ausnahmezustand in vielen DDR-Bezirken.¹⁰⁷ Am 13. August 1961 erfolgte die Befestigung der Grenzanlagen zu West-Berlin, um so die Massenabwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR über

¹⁰¹ Gottfried Niedhart, *Durch den Eisernen Vorhang. Die Ära Brandt und das Ende des Kalten Kriegs*, Darmstadt 2019, S. 28-29.

¹⁰² DRA, E001-00-01/0002/051, Sm. Nr. 506, *Der Vertrag*, 22.12.1969, S. 2.

¹⁰³ Sm. Nr. 509, S. 1. Siehe auch zur „Hallstein-Doktrin“: DRA, E065-02-04/0001/235, Sm. Nr. 248, „Deutschland Initiative“, 11.1.1965; DRA, E065-02-04/0001/241, Sm. Nr. 255, ohne Titel, 1.3.1965; DRA, E065-02-04/0001/246, Sm. Nr. 260, CDU-Parteitag und Westberlin-Sitzung, 5.4.1965.

¹⁰⁴ Sm. Nr. 527, S. 3 u. S. 5.

¹⁰⁵ Sarotte, *Devil*, S. 38 u. S. 42-54 u. S. 59-64; Niedhart, *Vorhang*, S. 114-20.

¹⁰⁶ DRA, E001-00-01/0002/196, Sm. Nr. 657, *Der nächste Schritt (übermorgen beginnt Helsinki)*, 20.11.1972, S. 1.

¹⁰⁷ Hubertus Knabe, *17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand*. München 2003, S. 12; Karl Wilhelm Fricke, „17. Juni 1953“ – Vorgeschichte und Verlauf, in: Roger Engelmann u. Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), *Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953*, Göttingen 2005, S. 45-57.

West-Berlin in die Bundesrepublik abzustellen.¹⁰⁸ Der Umgang des „Schwarzen Kanals“ mit beiden Ereignissen zeigt, wie sehr die DDR-Obrigkeit bemüht war, diese demokratischen Legitimationsdefizite in ihrer staatlich sanktionierten Realität der deutsch-deutschen Beziehungen auszugleichen.¹⁰⁹

Für die SED-Führung war der „Volksaufstand“, wie er fortan in der Bundesrepublik genannt wurde, ein doppelter Schlag: einerseits blamierte er die Regierung des „Arbeiter- und Bauernstaats“, da die Arbeiterschaft gegen das ihr vermeintlich zuträgliche sozialistische System aufbegehrte. Andererseits demonstrierte die Massenerhebung die Ohnmacht der DDR-Sicherheitsorgane, denen die Lage ohne sowjetische Hilfe wohl vollständig entglitten wäre.¹¹⁰ Zusätzlich verstärkte der erinnerungspolitische Umgang mit dem „Volksaufstand“ in der Bundesrepublik, wo er als „Tag der deutschen Einheit“ alljährlich begangen und als Aufbegehren gegen den Totalitarismus in einem Atemzug mit dem 20. Juli 1944 genannt wurde, die Legitimationskrise der DDR-Regierung.¹¹¹ Durch seine Umdeutung des „Volksaufstands“ und des Mauerbaus im Sinne der SED-Linie versuchte „Der schwarze Kanal“, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Nicht zuletzt wegen des vom SED-Regime am 17. Juni erlittenen Kontrollverlusts billigte das TV-Magazin dem „Volksaufstand“ gegenüber dem 13. August insgesamt weniger Raum zu. Eine Ausnahme war die Folge vom 21. Juni 1965, die komplett dem 17. Juni gewidmet war. Unter anderem stieß sich die Episode an der vom Kieler Zeithistoriker Karl Dietrich Erdmann gezogenen Kontinuitätslinie zwischen dem „Volksaufstand“ und dem Sturm auf die Bastille, den amerikanischen Unabhängigkeitskriegen sowie der Schlacht von Sedan im Deutsch-Französischen Krieg. „Echten Revolutionen und Freiheitskriegen stellt er Eroberungskriege und organisierte Putschversuche als gleichwertig gegenüber“, kritisierte die Ausgabe Erdmanns Analogie und propagierte stattdessen die SED-Lesart des „Volksaufstands“ als einem gescheiterten Umsturzversuch durch „westdeutsche Konterrevolutionäre“.¹¹² Darin kam die Katastase der „Obsession einer ‚anglo-faschistischen‘ Diversion“ zum Ausdruck, die Christoph Classen ebenso für den 13. August 1961

¹⁰⁸ Patrick Major, *Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power*, Oxford 2010, S. 23-88.

¹⁰⁹ Pappert, *Sprachspiele*, S. 95-96; Levasier, *Kanal*, S. 217-313.

¹¹⁰ Torsten Diedrich, *Waffen gegen das Volk – oder – Macht und Ohnmacht des Militärs. Neue Aspekte zur Niederschlagung des Volksaufstandes*, in: Engelmann u. Kowalczyk, *Volkserhebung*, S. 58-83.

¹¹¹ Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 77-79 u. S. 82; Knabe, *17. Juni 1953*, S. 16; Gerhard A. Ritter, *Der „17. Juni 1953“*. Eine historische Ortsbestimmung, in: Engelmann u. Kowalczyk, *Volkserhebung*, S. 16-44; Bernd Faulenbach, *Die „Verarbeitung“ des 17. Juni 1953 in der DDR und der Bundesrepublik*, in: Ulrich Mählert (Hg.), *Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit*, Bonn 2003, S. 252-72, hier S. 257; Richard Millington, *State, Society and Memories of the Uprising of 17 June 1953 in the GDR*, Basingstoke 2014.

¹¹² Sm. Nr. 271, S. 1. Siehe teilweise auch die Folgen vom 20.6.1966 (Sm. Nr. 323, S.1) und vom 23.6.1969 (Sm. Nr. 480, S. 1 u. S. 2 u. S. 5). Zum konterrevolutionären Narrativ: Haury, *Finanzkapitalisten*, S. 109-115.

diagnostiziert hat.¹¹³ Implizite schwang in dieser Kommentierung der Bonner Erinnerungspolitik zudem der fortdauernde Legitimationsdruck mit, dem sich die DDR-Staatsführung ausgesetzt sah und der zur Überwachung der Feierlichkeiten zum 17. Juni in der Bundesrepublik durch das Ministerium für Staatssicherheit führte.¹¹⁴ Da es weder dem „Schwarzen Kanal“ noch der SED-Diktatur gelang, das Gedenken an den 17. Juni maßgeblich zu kontrollieren, geschweige denn zu unterbinden, bekam dieser Aspekt des imaginierten DDR-Bildes tiefe Kratzer.¹¹⁵

Mit dem Bau der Mauer erhöhte sich für die DDR-Staatsführung ihr demokratisches Legitimationsproblem noch einmal.¹¹⁶ Bedingt durch ihre physische Präsenz sowie ihren (sichtbar) teilenden Einfluss auf die deutsch-deutschen Beziehungen, nahm die Mauer – als „steingewordener Alleinvertretungsanspruch“, wie sie „Der schwarze Kanal“ auch in Anspielung auf das Hauptkonzept der Bonner Deutschlandpolitik bezeichnete – im Vergleich zum 17. Juni weitaus mehr Raum in dem TV-Magazin ein.¹¹⁷ Noch am Abend des 13. August 1961 versuchte eine Sondersendung, die Ereignisse des Tages durch das Narrativ des „antifaschistischen Schutzwalls“ gegen eine angebliche militärische Bedrohung durch die Bundesrepublik und ihrer NATO-Partner zu rechtfertigen.¹¹⁸

Diese semantische Verkehrung von Ursache und Wirkung des Mauerbaus fungierte im „Schwarzen Kanal“ mindestens bis in die frühen 1970er Jahre hinein als ein zentraler Pfeiler, auf dem die diskursive Konstruktion einer sozialistischen Wirklichkeit der Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik beruhte. In dieser Weltsicht markierte die Befestigung der Grenzanlagen eine sicherheitspolitische Schutzmaßnahme, die zumindest nach außen sozioökonomische Motivationen, vor allem die Abwanderung von Fachkräften, ignorierte. Dahin gehend war Schnitzlers Behauptung – „Stacheldraht und Mauer sind doch nicht Ursachen, sondern Folgen!“ – sowie seine Schuldzuweisung für den Bau der Grenzanlagen an die Adresse der Regierungen West-Berlins, der Bundesrepublik sowie der Westalliierten exemplarisch.¹¹⁹ Ähnlich verhielt es sich bei dem schweren Zwischenfall an der Berliner Mauer im Oktober 1961, als DDR-Grenztruppen Allan Lightner, dem Ersten Gesandten der

¹¹³ Classen, Feindbild, S. 141.

¹¹⁴ Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 197-200.

¹¹⁵ Siehe dazu: Richard Millington, *The Limits of Control. The „Public Discourse“ about the Uprising of 17 June 1953 in Novels and Films in the German Democratic Republic*, in: *German History* 31. 2013, S. 42-60.

¹¹⁶ Faulenbach, *Verarbeitung*, S. 262; Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 71.

¹¹⁷ DRA, E065-02-04/0001/083, Sm. Nr. 81, ohne Titel, 16.10.1961, S. 5; DRA, E065-02-04/0001/317, Sm. Nr. 331, 13. August, 15.8.1966, S. 5.

¹¹⁸ DRA, E065-02-04/0001/072, Sm. Sonderkanal ohne Nummer, Sondersendung, 13.8.1961, S. 1 u. 4. Siehe ebenso: DRA, E065-02-04/0001/073, Sm. Nr. 72, ohne Titel, 14.8.1961; DRA, E065-02-04/0001/074, Sm. Nr. 73, ohne Titel, 21.8.1961, S. 9; Levasier, *Kanal*, S. 253-61.

¹¹⁹ DRA, E065-02-04/0001/075, Sm. Nr. 74, ohne Titel, 28.8.1961, S. 2 u. 8. Siehe auch die Folgen vom 15.8.1966 (Sm. Nr. 331, S. 5) und 16.8.1971 (Sm. Nr. 592, S. 3-4).

West-Berliner Mission der Vereinigten Staaten, widerrechtlich die Einreise nach Ost-Berlin verweigerten. Das Magazin begründete das Vorgehen der ostdeutschen Grenzer mit Lightners angeblich DDR-feindlichen Intentionen.¹²⁰

Ein ebenso hohes Maß an Subjektivität trat in der breiteren historischen Einordnung des Mauerbaus im „Schwarzen Kanal“ zutage. Seit 1962 hegte das Magazin den 13. August gemeinsam mit dem 17. Juni in ein Narrativ bundesdeutscher und westlicher „Niederlagen“ ein.¹²¹ Am zehnten Jahrestag der Grenzbefestigung stellte Schnitzler beide Ereignisse in eine Reihe mit weiteren westdeutschen „Niederlagen“ wie der Kapitulation des NS-Regimes am 8. Mai 1945 oder der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 durch Truppen des Warschauer Pakts. Ferner verbreitete der Demagoge die Unwahrheit, der Mauerbau ginge auf Empfehlungen des Warschauer Pakts und nicht Walter Ulbrichts an das Militärbündnis zurück.¹²² Diese Umdeutung zeigt einmal mehr die Linientreue und Subjektivität des „Schwarzen Kanals“ in seinen Versuchen, Legitimationsprobleme innerhalb der Konstruktion und Verbreitung eines offiziellen SED-Weltbildes der deutsch-deutschen Beziehungen zu beseitigen.

V. „Alleinvertretungsanmaßung“: Olympischer Sport und Westpolitik

Während der „Volksaufstand“ und der Mauerbau den „Schwarzen Kanal“ vor Legitimationsprobleme stellten, boten Olympische Spiele dem Magazin – trotz ihres öffentlichen Bekenntnisses zur politischen Neutralität – sprichwörtlich eine Arena, in der es die sportlichen Erfolge der DDR gegen die Bundesrepublik effektiv für seine diskursive Konstruktion einer sozialistischen Realität des Verhältnisses des SED-Staats zur Bundesrepublik nutzen konnte.¹²³ Dass Ost- und Westdeutschland neben den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von 1960 bis 1990 die erfolgreichsten olympischen Nationen waren, half der TV-Sendung in ihrem Unterfangen.¹²⁴ Im Fokus der sportlichen Berichterstattung des „Schwarzen Kanals“ stand oft der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch respektive Walter Ulbrichts polemischer Replik der „Alleinvertretungsanmaßung“.¹²⁵

¹²⁰ DRA, E065-02-04/0001/085, Sm. Nr. 83, ohne Titel, 30.10.1961, S. 2; Stöver, Krieg, S. 136-138.

¹²¹ DRA, E065-02-04/0001/126, Sm. Nr. 124, ohne Titel, 13.8.1962, S. 2; DRA, E065-02-04/0001/216, Sm. Nr. 228, 13. August, 17.8.1964, S. 1.

¹²² Sm. Nr. 592, unpaginiert. Zum Mauerbau: Hope M. Harrison, Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, München 2011, S. 228-371.

¹²³ Uta Andrea Balbier, Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-72, Paderborn 2007.

¹²⁴ Christopher Young, East Versus West. Olympic Sport as a German Cold War Phenomenon, in: Hochscherf, Divided, S. 148.

¹²⁵ Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 31.

Die Olympischen Spiele in München 1972 markierten einen fulminanten (vorläufigen) Höhepunkt der sportpolitischen Beziehungen beider deutscher Staaten. Während der Olympiade rollte „Der schwarze Kanal“ die west- und deutschlandpolitischen Dimensionen der Münchener Spiele noch einmal auf. Als „Überheblichkeit, Anmaßung; Überbleibsel des Alleinvertretungsanspruchs“ bezeichnete Schnitzler das Auflaufen des westdeutschen Teams unter dem gesamtdeutschen Banner entgegen der Beschlüsse des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).¹²⁶ Diese Verurteilung der Münchener Spiele als politischen Missbrauchsfall folgte einer Doppelstrategie des SED-Zentralkomitees, die darüber hinaus eine Kontinuitätslinie zu den Olympischen Spielen 1936 in Berlin herzustellen suchte.¹²⁷ Sollte so die IOC-Entscheidung zugunsten Münchens in Zweifel gezogen und die bundesdeutsche Publicity-Kampagne für die Spiele unterminiert werden, war die DDR-Staatsführung im Gegenzug bemüht, das Image der DDR auf internationalem Parkett aufzupolieren.¹²⁸

In seinem Bestreben, einen deutschlandpolitischen Missbrauch der Münchener Olympiade zu entlarven, verwendete „Der schwarze Kanal“ im Vorfeld der Spiele von 1972 Ulbrichts polemischen Terminus der „Alleinvertretungsanmaßung“. Westdeutsche Medienberichte über die Erfolge der „Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands“ bei den Rennrodel-Meisterschaften 1969 bezichtigte Schnitzler etwa der „Hochstapelei mit der Alleinvertretung“.¹²⁹ Seit September selben Jahres verwendete „Der schwarze Kanal“ Ulbrichts Formel ferner zur Diskreditierung Münchens als Austragungsort der Olympiade.¹³⁰ Im April 1971 lehnte Schnitzler das Argument des bundesdeutschen NOK, Olympische Spiele könnten auf deutschem Boden einzig und allein in der Bundesrepublik stattfinden, als „Alleinvertretungsanmaßung reinsten Wassers und unreinster Gesinnung“ ab. Zugleich verurteilte er die Prägung einer Olympia-Sondermünze durch die Bundesregierung als einen Verstoß gegen die olympischen Statuten, denen zufolge Olympische Spiele von Städten und nicht von Staaten ausgerichtet würden.¹³¹

Den Münchener Spielen war eine Phase sportlicher Spannungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik vorausgegangen. Waren beide deutschen Staaten 1964 in Tokio noch

¹²⁶ DRA, E001-00-01/0002/186, Sm. Nr. 647, BRD/Westberlin – DDR. Wie steht's eigentlich?, 4.9.1972, S.1. 1951 erkannte das IOC das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik an. Kay Schiller u. Christopher Young, *The 1972 Munich Olympics and the Making of Modern Germany*, Berkeley 2010, S. 159.

¹²⁷ Balbier, Krieg, S. 210.

¹²⁸ Schiller u. Young, Munich, S. 175.

¹²⁹ DRA, E001-00-01/0002/005, Sm. Nr. 460, Sport und Politik in Bonn, 3.2.1969, S. 1.

¹³⁰ DRA, E001-00-01/0002/038, Sm. Nr. 493, Schüsse und Querschüsse (Athen und Kassel), 22.9.1969, S. 2 u. 3. Siehe auch: DRA, E001-00-01/0002/189, Sm. Nr. 650, Der internationale Status der DDR im Lichte des Westfernsehens, 2.10.1972, S. 1.

¹³¹ DRA, E001-00-01/0002/120, Sm. Nr. 576, Bonn und Olympia im Widerstreit, 26.4.1971, S. 1 u. S. 3.

gemeinsam angetreten, kämpften sie vier Jahre später in Mexiko-Stadt erstmals gegeneinander. Das IOC hatte der DDR zwar im Oktober 1965 das Recht auf eine eigene olympische Mannschaft zugebilligt. Allerdings verständigte man sich zunächst auf einen Kompromiss, wonach beide deutsche Teams in Mexiko-Stadt letztmalig mit gemeinsamer Flagge und Hymne auflaufen sollten. Zudem gestattete das IOC dem bundesdeutschen NOK, weiterhin den Namen „NOK für Deutschland“ zu führen.¹³² Obgleich letzterer Punkt aus DDR-Sicht unbefriedigend war, schlachtete „Der schwarze Kanal“ die IOC-Entscheidung zugunsten eines ostdeutschen NOK als westdeutsche Niederlage aus.¹³³ Befeuert durch das relativ enttäuschende Abschneiden der gesamtdeutschen Olympiamannschaft in Tokio, spitzte sich der sportliche Konflikt zwischen der Bundesrepublik und der DDR bis zum Ende der Münchener Spiele dramatisch zu. Nicht nur hatte das DDR-Team 1968 deutlich mehr Medaillen als die bundesdeutsche Mannschaft gewonnen, sondern gemäß der IOC-Entscheidung von 1965 würde die DDR ausgerechnet bei den Münchener Spielen erstmals mit eigener Nationalflagge und -hymne antreten dürfen.¹³⁴ Aus dieser westdeutschen Demütigung schlug „Der schwarze Kanal“ umgehend propagandistisches Kapital.¹³⁵

In der zweiten Hälfte der 1960er und den frühen 1970er Jahren warf die Sendung der Bundesregierung, dem bundesdeutschen NOK sowie westdeutschen Sportlerinnen und Sportlern häufig falsches Spiel vor und übertrug die Sportmetapher des Fair Play auf das deutsch-deutsche Verhältnis. Im Oktober 1966 geißelte Schnitzler das vehemente Beharren der Regierung Erhard auf dem Alleinvertretungsanspruch während der kurz zuvor abgehaltenen Budapester Leichtathletik Europameisterschaften. Sollte die Bonner Regierung nicht „schleunigst vom hohen Pferd der Alleinvertretung heruntersteigen“, warnte er, bliebe ihr nur die Wahl „zwischen weiteren Selbstoren und Disqualifikation“ – eine Anspielung auf das Scheitern der Bundesregierung, den Deutschen Leichtathletikverband zu einem Boykott der Wettkämpfe zu bewegen.¹³⁶ Als unfair desavouierte eine Folge im Februar 1968 ebenso die sog. Düsseldorfer Beschlüsse als „NATO-Beschlüsse“. Bonn hatte sie als Reaktion auf den Bau der Mauer erlassen und dadurch den sportlichen Austausch zwischen beiden deutschen Staaten sowie die Teilnahme von DDR-Athletinnen und -Athleten an Wettkämpfen auf NATO-Territorium beendet.¹³⁷ Mit zunehmender Abgrenzung der DDR von der

¹³² Balbier, Krieg, S. 126; Schiller u. Young, Munich, S.163-64.

¹³³ DRA, E065-02-04/0001/273, Sm. Nr. 287, ohne Titel, 11.10.1965.

¹³⁴ Balbier, Krieg, S. 84, 99-100, 158-63; Young, East, S. 149. Zur Olympiade 1964, siehe auch: DRA, E065-02-04/0001/190, Sm. Nr. 201, ohne Titel, 10.2.1964.

¹³⁵ DRA, E065-02-04/0001/431, Sm. Nr. 444, Bonns olympische Disqualifikation, 21.10.1968, S. 1.

¹³⁶ DRA, E065-02-04/0001/325, Sm. Nr. 339, Sport, 10.10.1966, S. 1 u. 4 u. 6; Balbier, Krieg, S. 160; Schiller u. Young, Munich, S. 168.

¹³⁷ DRA, E065-02-04/0001/396, Sm. Nr. 410, Grenoble, 19.2.1968, S. 3; Balbier, Krieg, S. 120-21.

Bundesrepublik hob das Magazin seine Kritik am Verhalten bundesdeutscher Sportlerinnen und Sportler wie auch den Münchener Spielen mehr und mehr auf eine moralische Ebene: Neben der Kommerzialisierung der Olympiade wies es missbilligende Aussagen der westdeutschen Presse zum Ausschluss Südrhodesiens von den Spielen als unmoralisch zurück.¹³⁸

Als Teil der binären Fair/Foul Play-Metaphorik stand des Weiteren die staatliche Sportförderung in Westdeutschland im Fokus des „Schwarzen Kanals“. Im Februar 1969 nahm Schnitzler das ambige Verhältnis von Sport und Politik in der Bundesrepublik unter die Lupe. Zu Recht exponierte er die Doppelzüngigkeit vieler westdeutscher Sportfunktionärinnen und -funktionäre, die sich nach außen gegen Doping und eine straffe staatliche Lenkung der Sportförderung aussprachen, insgeheim jedoch dem zentralisierten und staatsfinanzierten DDR-System der Talentförderung inklusive Doping nacheiferten. Außerdem warf er der Bundesregierung unlautere Einflussnahme im bundesdeutschen Sport und bei der Münchener Olympiade vor.¹³⁹ Demgegenüber verbat sich „Der schwarze Kanal“ westdeutsche Manipulationsvorwürfe gegen ostdeutsche Sportlerinnen und -Sportler.¹⁴⁰

Zur De-Legitimierung der Münchener Spiele verwies das TV-Magazin ebenfalls auf Kontinuitäten zur NS-Vergangenheit. Zu diesem Zweck bemühte „Der schwarze Kanal“ eine „pseudo-historische Parallelisierung“ zwischen München 1972 und Berlin 1936, wie Uta Balbier es allgemein formuliert hat, die auf Münchens symbolischer und programmatischer Bedeutung für das NS-Regime fußte und dadurch die Öffentlichkeitsarbeit des westdeutschen NOK und Organisationskomitees torpedierte.¹⁴¹ Zusätzlich spannte Schnitzler im April 1971 den Bogen von der Isar-Metropole als „Stadt der Bewegung“ des Nationalsozialismus zu „ein[em] Zentrum des militanten Antikommunismus“ in der Bundesrepublik. Denn in München stehe „nicht nur ‚ein Hofbräuhaus‘ [...], sondern auch der Bürgerbräukeller“, spielte Schnitzler auf den „Hitler-Putsch“ von 1923 an.¹⁴² Wegen ihrer Verwicklungen mit der NS-Diktatur griffen einige Episoden obendrein den „Sportführer“ Willi Daume, der dem bundesdeutschen NOK und bis 1970 auch dem Deutschen Sportbund vorstand, sowie den

¹³⁸ DRA, E001-00-01/0002/157, Sm. Nr. 618, Unolympischer Geist, 14.2.1972; DRA, E001-00-01/0002/184, Sm. Nr. 645, Olympischer Profit, 21.8.1972; DRA, E001-00-01/0002/185, Sm. Nr. 646, Olympia und Moral, 28.8.1972, S. 1.

¹³⁹ DRA, E001-00-01/0002/005, Sm. Nr. 460, Sport und Politik in Bonn, 3.2.1969, S. 1 u. 2; Michael F. Krüger u.a., The Munich Olympics 1972. Its Impact on the Relationship between State, Sports and Anti-Doping Policy in West Germany, in: Sport in History 32. 2012, S. 526-49, hier S. 527.

¹⁴⁰ Sm. Nr. 410, S. 3.

¹⁴¹ Sm. Nr. 460, S. 3; DRA, E001-00-01/0002/120, Sm. Nr. 576, Bonn und Olympia im Widerstreit, 26.4.1971, S. 3-4; Balbier, Krieg, S. 128; Kay Schiller u. Chris Young, Munich 72. Selling the Games to Foreign Audiences and at Home, in: Sport in History 33. 2013, S. 373-92; Eva Maria Gajek, Imagepolitik im olympischen Wettstreit. Die Spiele von Rom 1960 und München 1972, Göttingen 2013, S. 141-52.

¹⁴² Sm. Nr. 576, S. 3-4.

Dressurreiter, Versandhausbesitzer und Präsidenten der Stiftung Deutsche Sporthilfe, Josef Neckermann, persönlich an.¹⁴³ In der Praxis erwies sich die Kampagne gegen die Münchener Spiele, die der offiziellen SED-Linie folgte, als kontraproduktiv, weil sie bei vielen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern Fragen nach dem Sinn und Zweck einer ostdeutschen Teilnahme an jener Olympiade aufwarf.¹⁴⁴ Zumindest im Medaillenspiegel schnitt die DDR gegenüber der Bundesrepublik in München deutlich besser ab, wodurch die DDR auf sportlicher Ebene gegenüber der Bundesrepublik Oberwasser erlangte.¹⁴⁵

VI. Fazit

Am Beispiel der Westpolitik im „Schwarzen Kanal“ zwischen März 1960 und Dezember 1972 hat dieser Artikel Reiner Kellers wissenssoziologisches Konzept zur Analyse von diskursiv konstruierter Wirklichkeit auf einen geschichtswissenschaftlichen Kontext angewandt. Die von dem TV-Magazin erschaffene, von der SED-Diktatur verordnete sozialistische Wirklichkeit der deutsch-deutschen Beziehungen beruhte auf vier Säulen. Zunächst ging es um die Konstruktion eines Feindbildes einer „revanchistischen“ und „militaristischen“ Bundesrepublik. Demgegenüber versuchte das Magazin, die DDR mithilfe der Konzepte einer deutsch-deutschen „Konföderation“ sowie der „friedlichen Koexistenz“ als friedfertige Alternative zu Westdeutschland zu präsentieren. Ebenso deutete „Der schwarze Kanal“ den „Volksaufstand“ vom 17. Juni 1953 und den Bau der Mauer am 13. August 1961 zur Entschärfung ihres Bedrohungspotenzials für die demokratische Legitimierung des SED-Regimes als westdeutsche „Niederlagen“ bzw. verfehlte „konterrevolutionäre“ Aktionen gegen die DDR um. Markierte der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch den strittigsten Punkt im Verhältnis beider deutschen Staaten, versuchte „Der schwarze Kanal“, diese deutschlandpolitische Konzeption selbst auf sportlicher Ebene zu diskreditieren. So sprach das Magazin München bzw. der Bundesrepublik jedwede Eignung als Austragungsort der Olympischen Spiele von 1972 ab. Dabei war ein hoher Grad an Subjektivität charakteristisch für die vom „Schwarzen Kanal“ konstruierte Realität.

Nach 1972 entwickelte sich die Sendung zu einem Spezialinformationsprogramm für systemrelevante Multiplikatoren, was sich Mitte der 1970er Jahre in einer abfallenden

¹⁴³ Siehe die Folgen vom 3.2.1969 (Sm. Nr. 460, S. 3) und 26.4.1971 (Sm. Nr. 576, S. 2) sowie zu Daume als „Sportführer“: DRA, E065-02-04/0001/325, Sm. Nr. 339, Sport, 10.10.1966, S. 1; DRA, E065-02-04/0001/385, Sm. Nr. 399, Sport, 4.12.1967, S. 1. Zu Daumes und Neckermanns Biografien: Balbier, Krieg, S. 147-53; Schiller u. Young, Munich, S. 10-12.

¹⁴⁴ Balbier, Krieg, S. 212-13.

¹⁴⁵ Young, East, S. 151.

Sehbeteiligung von teilweise unter 10% bei der Erstaussstrahlung niederschlug.¹⁴⁶

Nichtsdestotrotz hielt Schnitzler noch in der letzten Folge vom 30. Oktober 1989 an seinem über rund drei Jahrzehnte geschaffenen Weltbild fest.¹⁴⁷ Selbst nach der Absetzung seines Magazins beharrte er auf der absoluten Deutungshoheit der von ihm imaginierten Wirklichkeit und verwehrte sich gegen jegliche Manipulationsvorwürfe.¹⁴⁸

Schnitzlers Dogmatismus und die Tatsache, dass „Der schwarze Kanal“ trotz sinkender Einschaltquoten insgesamt 1.519-mal ausgestrahlt wurde, illustrieren wichtige Faktoren für das Scheitern des Magazins wie auch der DDR-Diktatur im Allgemeinen. Vor allem verdeutlichen sie die wachsende Divergenz zwischen politischem Dogma und ideologischem Anspruch an die Deutungshoheit einerseits sowie den realen sozio-ökonomischen und politischen Verhältnissen in der DDR andererseits. Der Regimekritiker Robert Havemann sprach 1976 deshalb auch von einer „phantastischen DDR“, wie sie „Der schwarze Kanal“ und andere SED-Leitmedien imaginierten.¹⁴⁹ Somit wurde das TV-Magazin zu einer semantischen Blase und Echokammer, die den DDR-Eliten zur Bestätigung ihres Weltbildes diente.¹⁵⁰

Diese Inkongruenz brachte die Staatsführung in eine Zwangslage, da ihr „regulatives Sprachspiel“ zunehmend das politische System der DDR in Frage stellte. So verkehrte sich die intendierte Wirkung des offiziellen SED-Diskurses in ihr Gegenteil, was sich unter anderem im situationellen Gebrauch unterschiedlicher Sprachregister in verschiedenen Bereichen des Alltagslebens manifestierte. Letzten Endes erhielt die Regierung somit kein inhaltsvolles Feedback mehr. Insofern trug die SED-Informationspolitik durch Leitmedien wie den „Schwarzen Kanal“ ironischerweise selbst zum Niedergang der DDR-Diktatur bei.¹⁵¹ Denn SED-Leitmedien vermochten nicht, diesen fundamentalen Widerspruch zwischen intendierter Deutungs- und tatsächlicher Wirkungsmacht der staatlich oktroyierten Wirklichkeit zu überwinden, geschweige denn abzustellen.¹⁵² Schlimmer noch: „Der schwarze Kanal“ stellte für Teile der politischen Opposition nach 1972 eine Quelle kollektiver Belustigung dar.¹⁵³ Folglich zeigt das Magazin die Grenzen der „sprachlichen

¹⁴⁶ Publizistische Reihen Hauptabend. Der Schwarze Kanal.

¹⁴⁷ Sm. Nr. 1519, S. 1-2.

¹⁴⁸ Karl Eduard von Schnitzler, S. 269.

¹⁴⁹ Robert Havemann, „Sehr vieles stimmt hier nicht“, in: Der Spiegel, 11.10.1976, S. 67-75, hier S. 67.

¹⁵⁰ Barck, Media, S. 224.

¹⁵¹ Pappert, Sprachspiele, S. 91 u. 94-95.

¹⁵² Steinmetz u. Viehoff, Fernsehen, S. 17.

¹⁵³ Eckart Schörle, Anmerkungen zum sozialistischen Gelächter, in: Ulrike Häußler u. Marcus Merkel (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 86-100, hier S. 97.

Durchherrschaft der Gesellschaft“ respektive Alf Lüttkes und Jürgen Kockas breiter gefassten Postulats der „durchherrschten Gesellschaft“ auf.¹⁵⁴

Wo aber liegt nun das geschichtswissenschaftliche Potenzial einer wissenssoziologisch begründeten Analyse von diskursiv konstruierter Realität? Was weiterführende Forschungen anbelangt, muss zunächst auf fundamentale Unterschiede zwischen den politischen Systemen, in denen Produzentinnen und Produzenten von derart erschaffenen Wirklichkeiten agieren, verwiesen werden. Während zwischen Diktaturen wie der DDR, der Sowjetunion oder China – gerade aufgrund ihrer staatlich gelenkten Medien – eine hohe Vergleichbarkeit besteht, gestalten sich Analogien zu Liberaldemokratien mit ihren pluralistischen Systemen und unabhängigen Medien komplexer. Infolgedessen drängen sich Fallstudien zur diskursiven Konstruktion von Realitäten in totalitären Systemen wie dem Faschismus, Nationalsozialismus oder Stalinismus auf. Darüber hinaus dürfte es lohnen, Liberaldemokratien in den Blick zu nehmen. Denkbar wäre die Analyse von Semantiken wie „Freiheit“ und „Demokratie“ in der westlichen Propaganda des Kalten Krieges, etwa am Beispiel von Radio Free Europe/Radio Liberty.¹⁵⁵ Einen signifikanten Mehrwert dürften ferner komparatistisch angelegte, Ideologie-überspannende Studien schaffen, wie der im „Schwarzen Kanal“ benutzte elastische „Militarismus“-Begriff nahelegt. Unter anderem ließen sich die mit der „[e]ntfernte[n] Verwandtschaft“ des New Deal, des Faschismus und des Nationalsozialismus bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre assoziierten Wirklichkeitskonstrukte unter die Lupe nehmen.¹⁵⁶

Somit bleibt noch die Frage zu beantworten, inwieweit die Analyse der diskursiven Konstruktion einer staatlich sanktionierten Wirklichkeit der Westpolitik im „Schwarzen Kanal“ zur Erhellung gegenwärtiger politischer Diskurse und Konstruktionen taugt. Neben den politischen Rahmenbedingungen und Systemen gilt es, weitere Grundverschiedenheiten wie die zur Verbreitung von intendierten Wirklichkeiten verfügbaren Medien zu berücksichtigen. Repräsentierten Fernsehen, Radio und Zeitungen die dominanten Massenmedien zur Zeit des „Schwarzen Kanals“, gewannen das Internet und soziale Medien im frühen 21. Jahrhundert zunehmend an Einfluss. Ebenso unterscheidet sich die Selbstverortung der Produzentinnen und Produzenten von konstruierten Wirklichkeiten.

¹⁵⁴ Pappert, Sprachspiele, S. 92; Alf Lütke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble u. Kocka (Hg.), Sozialgeschichte, S. 188-213; Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: ebd., S. 547-553. Zur Genese des Begriffs der „durchherrschten Gesellschaft“: Matthias Rogg, Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR, Berlin 2008, S. 5 Fußnote 25. Kritisch dazu: Millington, Limits, S. 42-60.

¹⁵⁵ A. Ross Johnson, Radio Free Europe and Radio Liberty. The CIA Years and Beyond, Washington, DC 2010.

¹⁵⁶ Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939, Frankfurt 2008.

Anders als das staatsgelenkte Leitmedium „Der schwarze Kanal“ – ein Symbol der SED-Staatsmacht –, gerieren sich Populistinnen und Populisten im frühen 21. Jahrhundert – trotz häufiger Regierungsbeteiligungen – hingegen als Vertreterinnen und Vertreter einer vermeintlich anti-elitären und volksnahen Gegenöffentlichkeit.¹⁵⁷ Außerdem variieren die im „Schwarzen Kanal“ und von populistischen Bewegungen getragenen Weltanschauungen erheblich. Während „Der schwarze Kanal“ als ein Produkt des Kalten Krieges größtenteils mit ideologisch-kohärenten Weltbildern operierte, setzen populistische Gruppierungen und Parteien gezielt auf Verwirrung und Chaos, was sie analytisch schwerer fassbar macht. Trotzdem bietet das Studium des „Schwarzen Kanals“ aber Anleitungen für die kritische Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen von diskursiv konstruierten Realitäten wie deren Feinbildkonstruktionen durch Skandalisierung und Kriminalisierung Andersdenkender, die Ritualisierung von Sprache oder die Selbstviktimisierung ihrer Produzentinnen und Produzenten.¹⁵⁸ Auch könnte „Der schwarze Kanal“ als Beispiel für das Totlaufen von Diskursen Lehren für den Umgang mit aktuellen Realitätskonstruktionen bereithalten.

Besonders fruchtbar wäre aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive die Beschäftigung mit den von Populistinnen und Populisten in Europa, den Vereinigten Staaten und andernorts in ihren erschaffenen Wirklichkeiten benutzten Geschichtsbildern. Zumindest ließen sich so Versatzstücke ihrer ansonsten fragmentierten Weltbilder untersuchen. So werden von populistischen Bewegungen und Parteien in letzter Zeit, laut Christopher Clark, „neue Vergangenheiten konstruiert, um alte Zukunftsvorstellungen zu verdrängen“.¹⁵⁹ An dieser Stelle sei nur auf das von Premierminister Boris Johnson und anderen britischen Rechtspopulistinnen und -populisten im Kontext des Brexit stetig wiederholte Mantra der „Souveränität“ Großbritanniens verwiesen.¹⁶⁰ Aufschlussreich wären zudem vergleichende Untersuchungen zum Umgang von links- und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien mit historischen Analogien und Semantiken in ihren imaginierten Wirklichkeiten.¹⁶¹ Denn nicht nur Realitätskonstrukte ostdeutscher Provenienz bedienten sich subjektiver Semantik.

¹⁵⁷ Ursula Prutsch, Ein neuer Rechtspopulismus in den USA. Das *Tea Party Movement* und Donald Trump, in: VfZ 67. 2019, 454-63, hier S. 461; Jürgen Zarusky, Rechtspopulismus in westlichen Demokratien – zeithistorische Perspektiven, in: VfZ 67. 2019, 439-42. Siehe auch die Beiträge in APuZ 5-6. 2012.

¹⁵⁸ Siehe zum deutschen Kontext: Norbert Frei u.a., *Zur Rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019, S. 8 u. 12.

¹⁵⁹ Christopher Clark, *Von Zeit und Macht. Herrschaft und Geschichtsbild vom Großen Kurfürsten bis zu den Nationalsozialisten*, aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München 2018, S. 27.

¹⁶⁰ Siehe: David Reynolds, *Island Stories. Britain and Its History in the Age of Brexit*, London 2019.

¹⁶¹ Siehe auch: Florian Hartleb, *Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden 2004.

Dr. Christoph Laucht, Swansea University, Department of History, Singleton Campus,
Swansea, SA2 8PP, Vereinigtes Königreich
E-Mail: c.laucht@swansea.ac.uk